

**Deutscher Bundestag
16. Ausschuss**

**Protokoll 16/10
16. Wahlperiode**

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**Redigiertes Wortprotokoll
10. Sitzung**

Berlin, den 5. April 2006, 10:00 Uhr

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Sitzungssaal 3.101

Vorsitz: Abg. Petra Bierwirth, MdB

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung zu 20 Jahre Tschernobyl

Podium:

Dr. Reinhard Göhner, MdB (ehemaliger Vorsitzender des Umweltausschusses)

Dr. Liesel Hartenstein (ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses)

Dietrich von Bodelschwingh
Heim-statt Tschernobyl e. V., Zentrale Geschäftsstelle, Bünde

Dr. Angelika Claußen
Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW),
Vorsitzende der Deutschen Sektion, Berlin

Wolfgang Faust
Wirtschaftsattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Minsk

Melissa Fleming
IAEO, Wien

Dr. Ralf Hille
Forschungszentrum Jülich GmbH, Institutsleiter „Sicherheit und Strahlenschutz“, Jülich

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kurt Kugeler ,
Lehrstuhl für Reaktorsicherheit und –technik der RWTH Aachen, Aachen

Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich Müller
Universitätsklinikum Essen, Institut für Medizinische Strahlenbiologie, Essen

Dietmar Gerhard Stüdemann
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine, Kiew

Prof. Dr. Klaus Traube, Oberursel

Moderation:

Cerstin Gammelin, freie Journalistin, Berlin

Anlage
Anwesenheitsliste

S. 31

10. Sitzung

Beginn: 10:00 Uhr

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung zu 20 Jahre Tschernobyl

Die Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie recht herzlich zur öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses „20 Jahre Tschernobyl“.

In der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986 ereignete sich im Kernkraftwerk Tschernobyl der bisher weltweit schwerste Unfall in der zivilen Nutzung der Kernenergie. Unzulänglichkeiten des Versuchsprogramms, unerwartete Bedingungen während der Versuchsdurchführung und unzulässige Eingriffe des Betriebspersonals führten zu dieser Katastrophe. Der Reaktor Nr. 4 vom Typ RBMK explodierte, im Reaktorkern brannte es, eine radioaktive Wolke breitete sich über große Teile Europas aus. Wir werden ja im Rahmen unserer Diskussion noch dazu kommen, über die weiteren Auswirkungen zu diskutieren.

Infolge dieser Katastrophe ist in den letzten 20 Jahren sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene viel getan worden, um Hilfe vor Ort zu leisten, aber auch zum Schutz der Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung und zur Erhöhung der Sicherheitsstandards in den bestehenden Kernkraftwerken. Aber auch heute, 20 Jahre nach diesem Unfall, gibt es immer noch Menschen, die unter den Folgen leiden, und auch Gebiete, die nach wie vor verseucht sind, in denen eigentlich niemand wohnen kann. In seiner Sitzung am 6. Juni 1986 beschloss der Deutsche Bundestag, als eine erste Maßnahme den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit damals 23 Mitgliedern einzusetzen. Auch uns, als Umweltausschuss der nunmehr 16. Legislaturperiode, ist es ein besonderes Anliegen, im Rahmen unserer heutigen Sondersitzung nicht nur an diesen Jahrestag zu erinnern, sondern auch denen Dank zu sagen, die sich seit 20 Jahren hier bei uns im Lande vor allem ehrenamtlich für die nach wie vor betroffenen Menschen engagieren, insbesondere auch für Kinder. Wir haben bei uns im Land über 900 Initiativen, und ich weiß aus eigener Erfahrung, was diese Initiativen an Arbeit leisten. Mit den zur heutigen Sitzung eingeladenen Experten wollen wir darüber diskutieren, welche Erkenntnisse sie aus der Entwicklung der letzten 20 Jahre gewonnen haben, welche Schlussfolgerungen gezogen worden sind, welche noch zu ziehen sind, und vor allen Dingen auch, wie die Situation vor Ort heute ist. Ich danke

Ihnen, dass Sie der Einladung des Umweltausschusses gefolgt sind.

Im Foyer haben wir eine Ausstellung vorbereitet. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Herrn **Faust** von der Deutschen Botschaft in Minsk, der uns die Bilder zur Verfügung gestellt hat. Ein herzliches Dankeschön auch an das Sekretariat des Umweltausschusses, das die Ausstellung ebenso wie den Reader zur heutigen Sitzung vorbereitet hat; dieser steht für Sie alle zum Mitnehmen zur Verfügung. Die Moderation unserer heutigen Veranstaltung wird Frau **Gammelin** übernehmen. Frau **Gammelin** ist freie Journalistin der Wochenzeitung „Die Zeit“. Danke, dass Sie gekommen sind; ich übergebe Ihnen das Wort.

Cerstin **Gammelin**: Einen schönen guten Tag auch von mir. Ich möchte mich erst einmal herzlich dafür bedanken, dass es heute dieses Novum gibt, dass auch eine Journalistin diese außerordentliche Sitzung des Umweltausschusses moderieren darf. Also, wie gesagt, herzlichen Dank.

Ich habe mir das so gedacht, dass ich Ihnen zuerst unser Podium kurz vorstellen werde, und danach haben dann alle Podiumsmitglieder die Gelegenheit, Ihnen in etwa fünf bis zehn Minuten jeweils ihre Sicht zu diesem Reaktorunglück in Tschernobyl darzustellen. Was ist damals passiert, wie hat man das hier erlebt, z. B. im Bundestag, oder wie erleben das auch Personen, die heute dort vor Ort sind? Und danach, denke ich, eröffnen wir die Diskussion, dass wir auch in den Dialog treten können; vielleicht gelingt es dem Podium ja, am Ende eine Art einheitliches Statement zu formulieren, vielleicht auch mit Blick darauf, dass ein gemeinsamer Antrag der Regierungsfractionen zu Tschernobyl bisher noch nicht vorliegt.

So, dann fange ich mal von meiner Seite aus gesehen rechts ganz außen an: Dort sitzt Herr Dietrich **von Bodelschwingh**; er ist Vorsitzender der Organisation „Heim-statt Tschernobyl e.V.“ und wird uns nachher etwas erzählen über die Umsiedlungsproblematik im Raum Tschernobyl. Direkt neben ihm sitzt Herr Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich **Müller**; er ist Strahlenbiologe an der Universitätsklinik Essen und wird uns eine Tschernobylfolgen-Studie vorstellen. Letzteres gilt auch für seine Nachbarin, Frau Dr. Angelika **Claußen**; sie ist Vorsitzende der Deutschen Sektion „Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; auch diese Organisation hat eine Tschernobylfolgen-Studie erstellt, die – wie ich gehört habe – zu anderen Ergebnissen gelangt als die Studie von Herrn Professor Müller. Weitere Zahlen zu diesem

Thema wird uns Frau Melissa **Fleming** von der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien nennen können; sie hat ebenfalls an einer großen Tschernobylfolgen-Studie mitgearbeitet. Neben Frau Fleming begrüße ich herzlich Herrn Wolfgang **Faust**, Referent an der Deutschen Botschaft in Minsk; er hat uns die Bilder für die Ausstellung im Foyer zur Verfügung gestellt, ist seit acht Jahren in der Region und wird uns über seine persönlichen Erfahrungen über das Leben vor Ort nach der Reaktorkatastrophe berichten. Dann begrüße ich ganz herzlich den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kiew, Herrn Dietmar Gerhard **Stüdemann**; er wird ebenfalls ganz aktuell darüber berichten können, wie in der Ukraine heute mit dieser Katastrophe umgegangen wird, welche Rolle sie noch spielt. Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Michael **Müller** kennen Sie denke ich alle; er ist Gründungsmitglied des Umweltausschusses gewesen.

Auf meiner linken Seite begrüße ich herzlich Herrn Dr. Reinhard **Göhner**, MdB, er war damals in der zehnten Legislaturperiode Vorsitzender des Umweltausschusses. Daneben die ehemalige stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Liesel **Hartenstein**, die uns ebenfalls darüber berichten wird, wie damals, als die Botschaft über die Katastrophe zu uns gedrungen war, damit in Deutschland umgegangen wurde. Neben Frau Hartenstein Herr Professor Dr. Klaus **Traube**. Kollegen haben kürzlich in der „FR“, geschrieben: „Als Atommanager fing er an, als scharfer Atomkritiker hört er noch lange nicht auf“; Sie wissen sicherlich, dass er Ingenieur bei der AEG war, Atomkraftwerke mit geplant hat und sehr gut Bescheid weiß über diese Technik. Neben Herrn Professor Traube Herr Dr. Ralf **Hille** vom Forschungszentrum Jülich, ebenfalls Kernkraftexperte; er wird uns gleichfalls etwas zur technischen Seite sagen. Und dann ganz links von mir Herr Universitätsprofessor Dr.-Ing. Kurt **Kugeler**; er hat den Lehrstuhl für Reaktorsicherheit und -technik an der RWTH Aachen und kann uns sicherlich auch etwas zur Sicherheit von Kernkraftwerken sagen.

So, das ist die große Runde. Nun zu den fünf bis siebenminütigen Statements. Das Wort hat zu nächst Herr **von Bodelschwingh**.

Sv. Dietrich **von Bodelschwingh**: Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Möglichkeit, heute hier zu Ihnen zu sprechen; ich weiß gar nicht, wie ich zu dieser Ehre komme. Ich vertrete eine etwas ungewöhnliche Organisation, die seit 1990 in Weißrussland mit einem etwas ungewöhnlichen Auftrag tätig ist. Diese Organisation „Heim-statt Tschernobyl“ wurde vor allem von Handwerkern und Vertretern anderer Berufsgruppen gegründet, deren Wunsch es war, einen möglichst konkreten und nachhaltigen Beitrag für Menschen in der Tschernobylzone zu leisten. Das damalige und bis heute gültige Konzept heißt Umsiedlung, ein Kon-

zept, das meines Erachtens das einzige Konzept für eine nachhaltige Hilfe für das Tschernobylgebiet sein kann. Die Methode, ebenfalls durchgängig seit 15 Jahren: Familien aus der verstrahlten Zone bauen sich in dem nicht verstrahlten Bereich des Nordens von Weißrussland ein Haus, eine neue Existenzgrundlage auf und werden dabei durch freiwillige Handwerker und durch finanzielle Zuwendungen von deutscher Seite entscheidend unterstützt. Es handelt sich hierbei immer um ein gemeinnütziges Projekt von Deutschen und Weißrussen. Konkret bedeutet dies, dass in jedem Sommer im Drei-Wochen-Rhythmus 20 bis 30 freiwillige Helferinnen und Helfer dorthin nach Weißrussland fahren und im Rahmen eines Workcamps ein Haus bauen, alle drei Wochen ein neues Haus. Wir haben die Möglichkeit gehabt, bisher auf diese Weise etwa 1500 freiwillige, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer nach Weißrussland zu entsenden, jeweils im Rahmen ihrer Freizeit, ihres Urlaubs, und immerhin wurden bisher auf diese Weise 50 Häuser gebaut, verteilt auf zwei Siedlungen; dazu Werkstätten, Gemeinschaftshaus, Kirche, Arzthaus etc.. Mindestens genau so wichtig aber ist unserer Erfahrung nach, nicht nur etwas Sichtbares aufzubauen, sondern auch für das Gemeinwesen zu arbeiten, damit vor Ort wirklich eine Beheimatung stattfindet und sich die Menschen nicht wieder zurückziehen, wie wir das in der verstrahlten Zone immer wieder erleben. Daher ist die begleitende Hilfe, die berufliche und soziale Integration, ein mindestens genauso wichtiger Faktor.

Und damit komme ich zu einem zweiten Aspekt, der gerade von den vielen Freiwilligen aus allen Berufsschichten immer wieder in den Vordergrund gerückt wird: Jede persönliche Hilfe ist wie eine Feuerwehr, die hilft, aber wir müssen auch über die persönliche Hilfe hinausgehen und strukturelle Hilfe leisten. Unsere Antwort auf diese Anforderung lautete bereits damals: Energie. Hierbei geht es besonders um drei Bereiche, auf die wir uns konzentriert haben: Energiegewinnung, Energieeinsparung, Energieeffizienz. Wir haben das mit ganz bescheidenen Mitteln versucht, fast alles aus Spenden. Mit Ausnahme eines Falles haben wir keine öffentlichen Gelder bekommen; das war 2000/2001, hierbei handelte es sich um die Errichtung der ersten beiden Windkraftwerke in Weißrussland mit einer Jahresleistung von immerhin 1,3 Millionen Kilowattstunden. Was das Thema Energieeinsparung angeht, so haben wir eine Produktionsanlage zur Herstellung von Isoliermaterialien aus den reichen Schilfvorkommen des Landes errichtet. Damit konnten wir, insbesondere für den Winter, zahlreiche Arbeitsplätze schaffen. Das Schilf wird zu Platten verarbeitet, die der Wandisolierung der Häuser dienen sollen. Im Augenblick verkaufen wir diese Schilfplatten allerdings nach Deutschland. Energie sparen, die Erhöhung der Energieeffizienz, sind in Weißrussland sehr schwierige, mühselige Aufgaben; eine verstärkte Entwicklung in diese Richtung

wird wahrscheinlich erst stattfinden, wenn das Öl oder auch das Gas teurer wird. Wir sind zur Zeit dabei, im Hinblick auf das Thema Energiesparen / Energieeffizienzsteigerung mit dem Bau eines Niedrigenergiehauses ein erstes Beispiel zu setzen, mit all den Ansätzen, die dies beinhaltet, also Wandisolierung, Heizung durch nachwachsende Rohstoffe, Sonnenkollektoren, Lüftungssysteme, Wärmetauscher usw.. Viele unserer Handwerker leisten hier einen Beitrag. Dies geht soweit, dass ein ganzer Betrieb sagt, wir gehen für einen Monat nach Weißrussland, wir verzichten für einen Monat auf unsere Arbeit und unser Gehalt in Deutschland, das ist unser Beitrag, hier können wir etwas zeigen und auch umsetzen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe. Bei all' diesem zählen die persönlichen Erfahrungen mit den Betroffenen, mit den Menschen dieses Landes zu unseren wichtigsten Erfahrungen. Es geht gar nicht anders als dass man regelmäßig in das Tschernobylgebiet fährt. Man muss die Leute ja vorbereiten, sehr intensiv vorbereiten, und das ist eine sehr mühevoll Aufgabe. Denn wer will denn in eine unsichere Perspektive hineingehen?

Angesichts dessen, was man dort erlebt, angesichts dieser Trostlosigkeit und Hoffnungslosigkeit, gerade auch in den Sperrzonen, führt kein Weg darum herum, zur Nutzung der Kernenergie klar Stellung zu beziehen; dies ist auch das Vermächtnis der Betroffenen vor Ort. Unsere Position ist klar, und wir werden sie überall auch zum Ausdruck bringen. Wir sind ja nur eine kleine Organisation; neben uns gibt es in Deutschland meines Wissens etwa 900 Initiativen, einschließlich der in der Ukraine tätigen Initiativen. Hierbei handelt es sich vor allem um humanitäre Hilfseinrichtungen, aber beispielsweise auch um Organisationen, die internationale Bildungs- und Begegnungseinrichtungen mit dem Schwerpunkt Tschernobyl betreiben. Die humanitäre Hilfe erstreckt sich in Deutschland hauptsächlich auf Kindererholungsprogramme; mehr als 10.000 Kinder haben bisher hiervon profitiert. Wenn man hochrechnet, wie viele Menschen auf diesem Wege mit Weißrussland in Berührung kommen, und berücksichtigt, dass über die Kindererholungsprogramme weitere Begegnungen, einschließlich gegenseitiger Besuche der Eltern, initiiert werden, so wird deutlich, wie wichtig diese Initiativen auch im politischen Sinne sind.

Wir haben am 26. April 2006 hier im Bundestag eine Anhörung, da werden sicherlich zahlreiche Vertreter der Initiativen anwesend sein. Diese haben einen ganz unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Hintergrund; manche sind sehr konservativ, andere weniger. Eines ist ihnen jedoch gemeinsam, nämlich die Botschaft: Keine Nutzung der Atomenergie! Das muss der Auftrag sein und das bringe ich Ihnen heute auch von mehreren hunderttausend Menschen mit; diese haben mich hiermit zwar nicht ausdrücklich beauftragt, wollen aber genau dieses zum Ausdruck bringen.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass ich evangelischer Christ bin und als aktives Mitglied in der Evangelischen Kirche tätig bin. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat eine deutliche Position zur Kernenergie bezogen, die in folgender Aussage der Synode, des obersten Gremiums der Evangelischen Kirche in Deutschland, zusammengefasst werden kann: „Die nicht mit Sicherheit beherrschbaren Gefahren der gegenwärtigen Kernenergiegewinnung haben zu der verbreiteten Ansicht geführt, dass diese Art der Energiegewinnung mit dem biblischen Auftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, nicht zu vereinbaren ist.“ Wir müssen also so bald wie möglich auf andere Energieträger umsteigen.

Cerstin **Gammelin**: Mit diesem schönen Zitat möchte ich weitergeben an Herrn **Göhner**. Ich möchte kurz abweichen von der vorgesehenen Reihenfolge, weil Herr **Göhner** gleich im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie anwesend sein muss; er war Vorsitzender des Umweltausschusses in der 10. Legislaturperiode.

Sv. Dr. Reinhard **Göhner**, MdB: Frau Gammelin, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Zunächst finde ich es sehr bemerkenswert und wichtig und richtig, dass der Umweltausschuss aus Anlass dieser Katastrophe vor 20 Jahren eine solche Sitzung durchführt. Die damalige Katastrophe hat den Bundestag natürlich sehr intensiv beschäftigt. Sie führte in der Bundesrepublik Deutschland zu einschneidenden Veränderungen auch in der parlamentarischen Arbeit; unter anderem war sie Anlass zur Gründung und Einsetzung dieses Ausschusses. Damals, zum Zeitpunkt der Katastrophe, war die Zuständigkeit für Fragen der Kernenergie innerhalb der Bundesregierung aufgeteilt; die Umweltpolitik ressortierte beim Bundesministerium des Innern. Diese Katastrophe fiel ja in eine Zeit, in der es bereits einen umweltpolitischen Aufbruch gab. Nach vielen Jahren des Stillstands gab es bereits vor der Gründung eines Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vor der Einrichtung des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Sommer 1986 eine intensive Phase der Umweltpolitik unter dem damaligen Bundesinnenminister Zimmermann: Großfeuerungsanlagenverordnung, TH Luft, Katalysatoren bei Autos waren politisch stark umkämpfte Themen, die damals zu einem erheblichen Teil gegen den Widerstand betroffener Wirtschaftszweige durchgesetzt wurden. Ich darf auch daran erinnern, dass die zehnte Wahlperiode ja die Legislaturperiode war, in der die GRÜNEN zum ersten Mal als gewählte Vertreter im Parlament saßen. Das hat mit dazu beigetragen, dass es als Folge der Katastrophe einen stärkeren Fokus auf das Thema Reaktorsicherheit gab, was auch in der Benennung des Ausschusses und des Ministeriums deutlich zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Diskussion bei uns bezog sich verständlicherweise sehr bald auf die Fragestellung, wie es um die Sicherheit unserer Kernkraftwerke bestellt war, und die Diskussion darüber war zwangsläufig äußerst kontrovers, sie wurde bestimmt durch einen Grundsatz, den der damalige Bundesumweltminister Walter Wallmann vorgab. Seine These hieß: Entweder sind unsere Kernkraftwerke sicher, dann können sie weiter laufen, oder sie sind nicht sicher, dann müssen sie sofort abgestellt werden. Schon damals wurde, wie auch heute noch, darüber diskutiert, ob man ältere Kernkraftwerke abschalten sollte, ob man Restlaufzeiten vorverlegen sollte; diese Fragestellung bestimmte die damalige Diskussion. Es gab Vertreter der Auffassung, auch deutsche Kernkraftwerke seien nicht sicher und müssten deshalb abgestellt werden, und es gab die Gegenposition hierzu. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat sich damals in zahlreichen Anhörungen äußerst intensiv mit der Frage befasst, ob man von einer Sicherheit der Reaktoren ausgehen könne. Die Mehrheit gelangte zu diesem Ergebnis, doch gilt, finde ich persönlich, auch heute noch der Grundsatz, dass man dann, wenn das nicht der Fall wäre, wenn man also zu dem Ergebnis gelangte, sie sind nicht sicher, sie sofort abschalten müsste.

Die internationale Diskussion über Reaktorsicherheit hat natürlich zu Vergleichen geführt, zu der Erkenntnis, dass jedenfalls der Hergang und der Schadensverlauf von Tschernobyl in Deutschland nicht denkbar gewesen wäre und auch heute nicht denkbar ist. Dass die Frage der Entsorgung – Stichwort Endlagerung – dann sehr schnell in den Mittelpunkt der politischen Debatte rückte, ist klar. In den ersten Jahren des Umweltausschusses – ich selbst war bis 1990 dessen Vorsitzender – gab es eine wirklich sehr intensive Gesetzgebung im Umweltausschuss. Kein Ausschuss hatte soviel Gesetzgebungsarbeit zu leisten wie dieser Ausschuss, er übertraf damals sogar den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, der sonst immer derjenige war, der die meiste Gesetzgebung hatte. Und ich möchte darauf hinweisen, dass manches, was in dieser Aufbruchstimmung gestaltet wurde – vieles davon im Konsens, nicht alles war kontrovers – wenige Jahre später teilweise wieder zurückgenommen wurde, zum Teil von gleichen politischen Konstellationen; ich denke hier beispielsweise an die Chemikaliengesetzgebung, bei der wir nach einiger Zeit den Eindruck hatten, dass wir überzogen und das Augenmaß in der Gesetzgebung verloren hatten. Im Rückblick betrachtet hat die Katastrophe von Tschernobyl, denke ich, die Gesetzgebung und die parlamentarische Arbeit in Deutschland nachhaltig verändert, und sie muss meines Erachtens auch weiterhin die internationale Debatte um die friedliche Nutzung der Kernenergie beeinflussen. Wir als Bundesrepublik Deutschland haben da eine besondere Verantwortung, die wir damals, angesichts des sich abzeichnenden weltweiten Ausbaus der Kern-

energie, mehrheitlich klar gesehen haben – nämlich die Verantwortung, mit unserer Technologie dafür zu sorgen, dass die Kernenergie höchste Sicherheitsmaßstäbe erfüllen muss und gerade deshalb den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland erfordert. Vielen Dank.

Cerstin **Gammelin**: Herzlichen Dank. Ich würde jetzt direkt das Wort an Frau **Hartenstein** weitergeben, die ja damals stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses war. Vielleicht können Sie ergänzen, wie Sie das erlebt haben.

Sv. Dr. Liesel **Hartenstein**: Danke schön. Frau Gammelin, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich zunächst für die Einladung zu dieser öffentlichen Ausschusssitzung bedanken und zum Ausdruck bringen, dass ich es sehr begrüße, dass der Umweltausschuss sich entschlossen hat, den 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl nicht einfach vorbeirauschen zu lassen, sondern sich damit zu befassen und daran zu erinnern, wie die damaligen Vorgänge waren und welche Folgen dieses Geschehen hatte. Herr **Göhner** hat schon daran erinnert: Der Ausschuss verdankt seine Existenz eigentlich diesem Ereignis, denn er wurde fast unmittelbar nach dieser Katastrophe gegründet. Keine der Umweltkatastrophen der 80iger Jahre hat meines Erachtens so nachhaltig, so erschreckend und so aufwühlend auf die Menschen gewirkt wie diese Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Ich möchte nur ganz kurz drei Ereignisse erwähnen, die Sie alle noch kennen, von denen man aber heute kaum noch spricht: Am Anfang des Jahrzehnts machte das Waldsterben in Deutschland Schlagzeilen, dann passierte 1984 dieser verheerende Giftgasunfall im indischen Bhopal, wo Tausende von Menschen starben und erblindeten, und 1985 wurde das Ozonloch über der Antarktis entdeckt. Aber dieser Reaktorunfall in Tschernobyl hat alles andere in den Schatten gestellt. Mit einem Schlag wurde das Bewusstsein verändert, mit einem Schlag wurde sich unsere saturierte und eigentlich ziemlich sorglose Wohlstandswelt in Europa, mindestens in Westeuropa, der Gefahren bewusst und fühlte sich massiv bedroht; das muss man einfach wissen und betonen.

Ich war nun gebeten worden, darüber zu berichten, wie ich diese Tage damals erlebt habe. Ich will dies in zwei Abschnitten tun: Erstens ein kurzes Situationsbild von den Ereignissen vor Ort geben und zweitens mitteilen, wie ich das Ereignis im politischen Raum erlebt habe. Ich war am Montag, 28. April 1986, im Wahlkreis unterwegs – so wie das ein ordentlicher Abgeordneter tut, wenn keine Sitzungswoche ist – und habe das Technische Hilfswerk (THW) in Horb am Neckar besucht; das ist eine große Kreisstadt. Es war schon während des Tages vor Ort in ersten Radionachrichten durchgesickert, dass es in der Sowjetunion einen „Störfall“

gegeben habe, aber es gab noch keine Zeitungsmeldung; der Unfalltermin war der 26. April, am 28. April fand mein Besuch in Horb statt. Die Männer des THW waren völlig ahnungslos, und das THW ist ja schließlich eine Katastrophenschutzorganisation. Auch das Rathaus der Stadt, wo wir nachfragten, hatte noch keine spezielle Mitteilung erhalten. Der erste Anruf kam aus meinem eigenen Wahlkreisbüro; es habe einen GAU gegeben, wir sprachen auch schon von einem Super-GAU. Diese Information kam aus Bonn. Aber dann ging der Sturm los. Es kamen Anrufe aus der Bevölkerung beim THW und an meine Adresse: „Dürfen unsere Kinder noch im Sand spielen? Wie hoch ist die Strahlenbelastung? Dürfen wir unseren Salat und unsere Radieschen aus dem Garten essen? Wie groß sind die Gesundheitsgefahren?“ Ich muss Ihnen sagen, und ich will das auch aussprechen: Es gab auf alle diese Fragen keinerlei klare Antwort, und ich habe mich als Abgeordnete selten so hilflos gefühlt wie an diesem Tag und in dieser Situation. Es stellte sich übrigens heraus, dass das THW nur einen einzigen Geigerzähler hatte; den hatten sie nie benutzt, und sie wussten zuerst auch gar nicht, ob der überhaupt funktionierte. An den Folgetagen riss dann der Strom der Anfragen, der Anrufe, der Briefe überhaupt nicht mehr ab. Inzwischen hatte die Presse alarmierende Meldungen über hohe Messwerte aus Schweden usw. verbreitet. Also, man kann zusammenfassend sagen: Es gab eine Situation der fast totalen Ratlosigkeit in der Öffentlichkeit und in der Politik, und – auch das will ich nicht verschweigen – hier und da wurde schon der Verdacht geäußert, dass man doch wohl nicht die volle Wahrheit sage, dass Regierung und Behörden alles herunterzuspielen versuchten.

Nun der politische Raum. Als wir dann zur Sitzungswoche wieder in Bonn waren, zeigte sich sehr schnell, dass sich auf dieser Ebene spiegelbildlich genau das wiederholte, was wir vor Ort erlebt hatten. Haupteindruck war und blieb eine ganze Weile: Konfusion und – wie gesagt – Ratlosigkeit. Das wurde ganz besonders deutlich in der Plenardebatte am 14. Mai 1986, der ersten Debatte zu diesem Thema. Aus Zeitgründen will ich hier nur einige Aspekte festhalten: Zunächst war die Empörung über die verheerende Informationspolitik von sowjetischer Seite allgemein, sie wurde von allen Fraktionen geteilt, da gab es prinzipiell keine Unterschiede; es gab ja tagelang eine Nachrichtensperre, ich glaube mehr als eine Woche lang. Zweitens: Die Debatte war auch geprägt von der wirklich tiefen Betroffenheit über Ausmaß und Schwere der Katastrophe und von der berechtigten Sorge über langfristige Folgen einer radioaktiven Verseuchung halb Europas; das muss man sich wirklich gegenwärtigen. Drittens: Schnell wurde sichtbar, dass auch in der Bundesrepublik Deutschland, die wir uns so gern in die Brust werfen, keinerlei Klarheit über das Strahlenrisiko herrschte; d. h. das Ereignis vom 26. April hat, wenn wir ehrlich sind, auch unser

Land völlig unvorbereitet getroffen. Weder die Bundesregierung noch die Landesregierungen noch die wissenschaftlichen Institute einschließlich der Strahlenschutzkommission – wenn ich was falsches sage, korrigieren Sie mich bitte – konnten verbindliche und zuverlässige Antworten geben, denn man hatte keine einheitlichen Grenzwerte festgelegt, insbesondere nicht für die zulässige Belastung von Lebensmitteln. Ganz typisch war der Streit über die Frischmilch. Das Bundesgesundheitsministerium hielt eine Belastung der Frischmilch bis zu 500 Bq pro Liter noch für unbedenklich, das Land Hessen hatte eine Obergrenze von 50 Bq festgelegt, und das Ökoinstitut in Darmstadt verkündete, 15 Bq sei die absolute Obergrenze. Genauso war es hinsichtlich des Verzehrs von Blattgemüse, Spinat, Salat usw. Italien hatte den Verzehr sofort verboten, in Deutschland waren 250 Bq zulässig, die EU-Kommission hatte eine Belastung von bis zu 1000 Bq erlaubt; das muss man sich wirklich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die Folge war natürlich eine enorme Verunsicherung der Bevölkerung und ein Wirrwarr von Meldungen, Empfehlungen, Warnungen usw., und das wiederum war nicht geeignet, Klarheit zu schaffen. In der Debatte wurde häufig vor Panikmache gewarnt, das ist richtig und berechtigt. Der Appell zur Vernunft wurde mehrfach ausgesprochen, auch das ist berechtigt. Aber hinzu kamen dann auch Beschwichtigungen und Verharmlosungen von politischer Seite, z. B. derart, dass überhaupt keinerlei Gesundheitsgefährdungen bestünden, dass kein Anlass für besondere Maßnahmen wäre, und vor allem – Herr **Göhner** hat es noch einmal betont – dass unsere deutschen Kernkraftwerke alle den weltweit höchsten Sicherheitsstandard hätten und deswegen bei uns absolut nichts zu befürchten wäre. Die Menschen wussten noch, und auch die Journalisten wussten noch, dass beispielsweise das Deutsche Atomforum wenige Monate vorher verkündet hatte, der Reaktor von Tschernobyl sei sicher, der ganze in Tschernobyl eingesetzte Reaktortyp sei sicher. Also, das waren schon Dinge, mit denen wir zu kämpfen hatten.

Die Kontroverse brach natürlich an dem Punkt auf, wo es um die Frage der Bewertung und der Konsequenzen ging, die aus dieser Katastrophe gezogen werden sollten, wo es also um die Antwort auf die Frage ging: Wie soll es weitergehen, wie soll eine künftige Energiepolitik aussehen, ist eine sichere Versorgung ohne Atomenergie möglich oder nicht? Eine Frage, über die heute noch genauso heftig diskutiert wird wie damals. Der Schlüsselbegriff, um den es damals ging, war das so genannte Restrisiko. Und hier schieden sich die Geister, das muss man klar zum Ausdruck bringen. Bundeskanzler Kohl und auch die Regierungsvertreter haben erklärt, das Restrisiko müsse getragen werden und es sei ethisch verantwortbar, die Kernenergie weiter zu nutzen. Die Redner der Opposition haben einen Übergang zu einer kernkraftfreien Energiever-

sorgung und längerfristig auch den Ausstieg aus der Atomenergie gefordert. Unser Fraktionsvorsitzender Hans-Jochen Vogel, also ein Vertreter der Opposition, erklärte damals, dass nach Tschernobyl nichts mehr so sei wie es vorher gewesen sei. Und summa summarum stehen wir heute, nach 20 Jahren, in der Diskussion noch an eben demselben Punkt. Es ist fast gespenstisch, wie die Argumente pro und contra Kernenergie noch heute hin und her gewendet werden, auch wenn sie sich vielleicht nicht mehr so hart gegenseitig an den Kopf geworfen werden. Aber meines Erachtens treten wir auf diese Weise auf der Stelle. Wir müssen endlich Entscheidungen treffen, denn wir nützen mit der Fortsetzung dieser Diskussion weder uns selbst noch den kommenden Generationen noch der Umwelt. Ich hoffe, dass die aktiven Politiker zu Entscheidungen gewillt und fähig sind, und wünsche ihnen gute Entscheidungen.

Cerstin **Gammelin**: Herzlichen Dank für das engagierte Statement, Sie haben zwei interessante Aspekte angesprochen. Bei dem Hinweis auf die Ahnungslosigkeit der Strahlenschutzkommission gab es heftiges Kopfschütteln rechts von mir, und deswegen würde ich gerne Herrn Professor **Müller** das Wort erteilen. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wie ahnungslos die Strahlenschutzkommission war.

Sv. Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich **Müller**: Vielen Dank. Zur Erklärung: Ich bin zur Zeit der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission. Die Aussage, dass die Strahlenschutzkommission damals ahnungslos gewesen sei, hat mich etwas erschüttert. Auskünfte kamen gerade von der Strahlenschutzkommission; das waren die ganz wenigen Leute, die tatsächlich klare Auskünfte gegeben haben, und im Nachhinein haben sich praktisch alle ihre Prognosen, die damals abgegeben wurden, im Großen und Ganzen auch bestätigt. Dass bei den Feinheiten hier und da kleine Ungereimtheiten vorkamen, das ist selbstverständlich. Zu den verschiedenen Grenzwerten noch ein Kommentar: Die Politiker haben natürlich immer ein Interesse zu zeigen, wie sehr sie auf den Schutz der Bevölkerung bedacht sind. Dabei kommt es dann leicht vor, dass versucht wird, Grenzwerte zu unterbieten, um zu zeigen, wie sorgfältig man mit der Gesundheit der Bevölkerung umgeht. Tschernobyl hat uns damals gelehrt, dass gerade dies zu einer schwierigen Situation führt, es hat uns gezeigt, dass gerade hierdurch die Bevölkerung sehr verunsichert wird. Hessen hätte gut daran getan, den Grenzwert von 50 Bq pro Liter nicht herauszugeben, denn die Strahlenschutzkommission hatte vorher deutlich etwas anderes gesagt. Auch wenn es in Zukunft wahrscheinlich etwas besser laufen wird, befürchte ich, dass die Politiker auch künftig geneigt sein werden, sich im Hinblick auf die Grenzwerte ähnlich zu verhalten. Und da liegt die große Schwierigkeit. Das als direk-

te Antwort auf Ihre Vermutung, dass die Strahlenschutzkommission damals vielleicht doch nicht so wirksam gewesen sei wie man das von ihr erwartet hat.

Cerstin **Gammelin**: Vielleicht können Sie kurz sagen, welchen Grenzwert die Strahlenschutzkommission damals angegeben hat.

Sv. Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich **Müller**: Damals waren die 500 Bq pro Liter der eigentliche Grenzwert. ... (Zwischenruf) ... Ja genau, die hat das übernommen. Die Strahlenschutzkommission ist ja auch das Beratungsgremium des BMU, damals des BMI; das BMU ist ja erst im Nachhinein gegründet worden. Die Strahlenschutzkommission berät nach wie vor den Umweltminister in allen Strahlenschutzfragen, und zwar auf wissenschaftlicher Basis, ohne dass irgendwelche politischen Argumente hierbei eine Rolle spielen; d. h. wir ziehen uns auf die rein wissenschaftlichen Aussagen zurück. Eine der schwierigsten Aufgaben des Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission besteht darin, immer wieder politische Wünsche abzuwehren – denn die gibt es. Ich kämpfe sehr heftig dagegen, dass die Politik in die Strahlenschutzkommission hineingetragen wird, denn es geht um rein wissenschaftliche Antworten.

Was nun die Frage nach den Auswirkungen von Tschernobyl angeht, so muss man klar trennen zwischen den eigentlichen Strahleneffekten, die aufgetreten sind oder noch auftreten werden, und allen übrigen Effekten, die ohnehin aufgetreten wären, die also mit der Strahlung selbst gar nichts zu tun haben. Das wird leider immer wieder verwechselt, und hierin liegt ein ganz zentrales Problem. Wir wissen ja über Strahlenrisiken sehr viel. Ich beschäftige mich jetzt seit 30 Jahren mit Strahlenrisiken, forsche hier selbst auf verschiedenen Gebieten, und es wundert mich immer wieder gerade im Zusammenhang mit Tschernobyl, dass so getan wird, als wüssten wir über Strahlenrisiken herzlich wenig und als würde Tschernobyl uns erst einmal zeigen, was passiert. Wir wissen inzwischen sehr viel über Strahlenrisiken, wir haben die letzten Jahrzehnte ja nicht untätig herumgesessen und uns nicht um Strahlenrisiken gekümmert. Ich möchte Ihnen an nur einem konkreten Beispiel einmal vor Augen führen, wie die Zahlen tatsächlich aussehen, was das Risiko anbelangt: Die Population von Hiroshima/Nagasaki ist die im Hinblick auf Strahlenrisiken bestuntersuchte Population überhaupt. Es gibt ein Gesetz in Japan, das dafür sorgt, dass sich alle Überlebenden von Hiroshima/Nagasaki in regelmäßigen Abständen untersuchen lassen müssen. Von den knapp 100.000 Personen, die seitdem ärztlicherseits untersucht worden sind, von diesen knapp 100.000 untersuchten Personen sind im Verlauf von mehr als 50 Jahren etwa 600 Personen an einem strahleninduzierten Tumor gestorben. Schlimm um jeden einzelnen, ich will das in keiner

Weise verharmlosen. Aber die Zahlen, die häufig durch die Welt geistern und von vielen tausend Tumortoten in Hiroshima/Nagasaki sprechen, sind schlicht falsch und durch nichts zu belegen. Die mittlere Strahlendosis, die Überlebende von Hiroshima/Nagasaki erhielten, lag bei etwa 200 mSv. Der Personenkreis, der im weiteren Umkreis um Tschernobyl lebt, rund 6 Millionen Menschen, hat im Mittel 7 mSv Strahlendosis erhalten. Bis etwa 100 mSv herunter können wir ein signifikantes Ansteigen von Tumoren nachweisen, unterhalb von 100 mSv können wir das nicht mehr. Es gibt kein epidemiologisches Verfahren, mit dessen Hilfe das möglich ist, d. h. wir sind hier auf Abschätzungen angewiesen. Es liegt jedoch ein Modell vor, das unterstellt, dass es bei der Auslösung von Tumoren und bei der Auslösung von Erbkrankheiten keine Schwellendosis gibt und dass man daher linear bis Null extrapolieren kann. Wir wissen nicht, ob das stimmt; das ist eine der ganz zentralen offenen Fragen in der Strahlenbiologie. Es gibt Argumente dafür und dagegen. Es gibt sogar Hinweise dafür, dass doch eine Schwellendosis existieren könnte, und es gibt hin und wieder auch Hinweise, das Risiko könnte vielleicht etwas höher sein als aus der linearen Extrapolation herausgerechnet wird. Wir müssen hier schlicht sagen: Wir wissen das nicht. Wir kennen allerdings eine maximale Strahlenbelastung aufgrund von Abschätzungen des Tschernobyl-Forums der IAEA und der WHO, und zwar für die stärker Exponierten – für die Liquidatoren und diejenigen, die evakuiert worden sind – sowie für die Bevölkerung in den weniger kontaminierten Gebieten. Dabei sind zwei Angaben herausgekommen, wobei es viel Konfusion gegeben hat. Die Abschätzung geht dahin, dass bei den höher kontaminierten Personen – Liquidatoren usw. – mit etwa 4.000 Tumortoten und bei den Personen in Gebieten mit geringerer Kontamination mit etwa 5.000 Tumortoten zu rechnen sei. Das sind Schätzungen. Auf jeden Fall lässt sich in Tschernobyl ein Anstieg der Schilddrüsentumore bei denjenigen feststellen, die zum Zeitpunkt des Reaktorunglücks Kinder waren. Das war strahlenbiologisch zu erwarten, genau das haben wir vorhergesagt. Es gibt bisher etwa 6.000 Fälle bei Personen, die zum damaligen Zeitpunkt Kinder waren und die jetzt natürlich Erwachsene sind. Bei etwa der Hälfte wäre ein Schilddrüsentumor sowieso aufgetreten, denn – auch das muss berücksichtigt werden – es gibt ja auch andere Faktoren, die Schilddrüsentumore auslösen. Ich will das nicht harmlos reden, das kann wirklich traurig stimmen. Man kann Schilddrüsentumore zwar gut behandeln, aber die Behandlung selbst ist für die Kinder belastend und hat auch Nebenwirkungen, das muss man klar und deutlich sagen. In aller Regel stirbt man an Schilddrüsentumoren nicht, davon werden nur ganz wenige betroffen sein. Was die Leukämien anbelangt, so gibt es durchaus ernst zu nehmende Hinweise, dass bei den Liquidatoren, die z. T. tatsächlich eine Dosis von mehr als

100 mSv erhalten haben, die Zahl der Leukämien angestiegen ist, nicht dagegen bei der übrigen Bevölkerung. Bei der übrigen Bevölkerung ist dies auch kaum noch zu erwarten, denn wie wir wissen liegt die Zeitspanne zwischen der Exposition und dem Auftreten des Tumors bei maximal 15 bis 20 Jahre, d. h. den Gipfel der Leukämieerkrankungen haben wir hinter uns. Was Brusttumore bei Frauen anbelangt, so gibt es inzwischen ebenfalls erste Hinweise, dass wir hier möglicherweise einen Anstieg zu verzeichnen haben, aber auch das ist noch sehr vage, da brauchen wir weitere Forschungen; das ist in unserem Bericht auch klar zum Ausdruck gebracht worden. Wir werden natürlich auch in Zukunft weiter analysieren müssen; allerdings ist das Ausmaß, rein auf die Strahlung bezogen, von einer Größenordnung, die es uns nicht erlaubt zu erwarten, es mit Hilfe epidemiologischer Verfahren erfassen zu können. Um das deutlich zu machen: Von den etwa 6 Millionen Personen, die in den geringer kontaminierten Gebieten leben, werden etwa 1,1 Millionen Personen ohnehin an einem Tumor sterben, ganz unabhängig von Tschernobyl; darunter sind dann möglicherweise etwa 5.000 Personen, geschätzt, die durch Tschernobyl hinzukommen, die wir aber nicht werden entdecken können. Trotzdem muss man analysieren, ganz klar, keine Frage. Und vor allen Dingen muss man differenzieren zwischen diesen Strahleneffekten, die wir relativ gut abschätzen können, und allen anderen Faktoren, die eine Rolle spielen. Die hohen Zahlenangaben, die häufig zu hören sind, gehen in aller Regel nicht auf die Strahlenwirkung allein zurück, sondern bei ihnen kommen andere Faktoren hinzu, etwa das desolate Gesundheitssystem, Alkoholismus, Selbstmord, alles Ursachen, die nicht direkt mit der Strahlung zu tun haben.

Für uns ist es wichtig, den Menschen dort ganz offen die Wahrheit über die Strahlenrisiken zu sagen. Denn ich habe die große Befürchtung, dass es die Menschen vor Ort demotiviert, wenn man sie wegen der Verstrahlung ständig bedauert und ihnen gegenüber zum Ausdruck bringt, sie hätten wegen der Verstrahlung keine Zukunft; das muss doch zu einer Demotivation führen, das muss doch dazu führen, dass die Menschen sagen, es ist eh alles egal; es muss doch zur Folge haben, dass Eigeninitiativen außen vor bleiben, der Alkoholismus zunimmt und die Zahl der Selbstmorde ansteigt. Ich will hier niemandem in diesem Kreise unterstellen, dass so etwas beabsichtigt sei – bestimmt nicht, garantiert nicht –, aber die Gefahr als solche besteht schon. Und gerade aus dem Grunde sollten wir uns wirklich auf das zurückziehen, was die Strahlung bewirkt, und den Menschen durchaus auch wieder Hoffnung geben.

Cerstin **Gammelin**: Herzlichen Dank, ich würde dann auch gleich an Frau **Fleming** überleiten. Wenn man sich die Ausstellung anschaut, sieht man, dass auch heute die Strahlenbelastung noch

hoch ist, auch bei Jugendlichen, so dass es aus meiner Sicht eigentlich nicht zu erwarten ist, dass alle Strahlenfolgen jetzt plötzlich weg sind. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Sv. Melissa **Fleming**: Eigentlich wollte ich einiges von dem vortragen, was Herr Professor **Müller** bereits vorgetragen hat; deswegen möchte ich mich nicht wiederholen. Ich möchte gerne beginnen mit dem positiven Hinweis, dass Tschernobyl wirklich ein Wachrütteln, ein Weckruf für die Welt war. Vorher gab es bei der Internationalen Atomenergiebehörde keine internationalen Sicherheitsstandards, es gab keine Missionen oder Gegenchecks, es gab kein Recht, an einem Atomkraftwerk anzuklopfen. Wir sind inzwischen ziemlich weit gekommen. Sind wir jetzt soweit gekommen, dass wir sagen können, alle Atomkraftwerke, insbesondere dieser Tschernobyltyp, sind so sicher, dass wir jeden Tag gut schlafen können? Nein, aber auf jeden Fall können wir viel besser schlafen. In der Geschichte unserer Organisation gab es zwei Wendepunkte, und Tschernobyl war einer davon. Vielleicht werden wir einmal sagen, dass dieses Tschernobyl-Forum auch ein wichtiger Wendepunkt war.

Ich bin Pressesprecherin der IAEA, keine Physikerin oder Ärztin. Was mir aufgefallen ist, als ich vor fünf Jahren diesen Job angenommen habe, und auch während der folgenden Jahre, das waren die verschiedenen Zahlenangaben in den Medien über die Opfer von Tschernobyl. So wurde von der BBC immer von 1 Mio. Toten berichtet, und neulich hat Agence France Press unter Bezugnahme auf die UNO-Berichte eine Zahl von 50.000 Toten genannt. Es gab keinen Konsens. Wenn man innerhalb von unserer Organisation nachgefragt und die Literatur zum zehnten Jahrestag von Tschernobyl gelesen hat, ergibt sich, dass wir eigentlich zu den gleichen Ergebnissen gelangt sind wie die, die Herr Professor **Müller** vorgetragen hat. Wir erwarten, dass in den stark verstrahlten Gebieten nicht mehr als ungefähr 4.000 Menschen an den Folgen der Strahlung sterben werden. Wie wir erwartet haben, leiden Tausende von Kindern an Schilddrüsenkrebs; das haben wir vorhergesehen. Das, was wissenschaftlich gesagt worden ist und was in der Öffentlichkeit und in der Presse berichtet worden ist, liegt so weit auseinander, dass nicht nur in der Pressestelle, sondern auch unter den Mitgliedern des Tschernobyl-Forums die Auffassung sehr stark verbreitet ist, dass es einen Konsens, eine neue Baseline geben müsse. Und ganz wichtig ist, dass die Betroffenen, die, wie Herr **von Bodelschwing** gesagt hat, an Trostlosigkeit und Hilflosigkeit leiden, eine Perspektive erhalten. An dem kürzlich veröffentlichten Bericht des Tschernobyl-Forums zu den Folgen von Tschernobyl haben acht UNO-Organisationen mitgewirkt; die Gesundheitsstudie hat die WHO durchgeführt. Berücksichtigt wurde eine Vielzahl existierender Studien. Sehr wichtig war auch die Einbeziehung russischer, belarussischer

und ukrainischer Studien sowie die Zusammenarbeit mit russischen, belarussischen und ukrainischen Wissenschaftlern. Letztlich wurde der Bericht im Konsens mit den Regierungen Russlands, Weißrusslands und der Ukraine verabschiedet. Wir wissen, dass es Gegenstudien zu unserem Bericht gibt und heißen diese willkommen. Klar ist, dass wir sie lieber vorliegen gehabt hätten, bevor wir diesen Bericht herausgegeben haben.

Angesichts des Tatbestandes, dass wir uns in dem Bericht sehr auf die gesundheitlichen Schäden konzentriert haben, möchte ich noch einige weitere Aspekte in Erinnerung rufen, damit bewusst wird, dass es sich hier nicht nur um ein ganz schlimmes gesundheitliches Problem, sondern auch um ein psychisches und ein Umweltproblem handelt. Die Auswirkungen auf die Umwelt stellen sich vielleicht doch etwas anders dar als es manche Bilder erscheinen lassen, indem sie den Eindruck erwecken, dass sich die Natur weitgehend erholt hat und die Region, mit Ausnahme der hoch kontaminierten 30-km-Sperrzone rund um den Reaktor, eine von Naturschutzgebieten geprägte Region ist, in der die Menschen ziemlich normal arbeiten können. Es gibt aber Millionen von Menschen, ich glaube es sind sieben Millionen Menschen in der Ukraine und in Belarus, die als Tschernobyl-Opfer klassifiziert sind. Sie erhalten nicht nur monatlich finanzielle Unterstützung, sondern auch eine Wohnung; sie haben einen Sonderstatus, der für die Betroffenen eigentlich nicht positiv zu bewerten, sondern eine große psychische Last darstellt. Diese Menschen sind sehr abhängig davon, sie kommen nicht weiter. Insgesamt belaufen sich diese Leistungen, glaube ich, auf zehn Prozent des ukrainischen und des belarussischen Staatsbudgets. Hier empfehlen wir ein Umdenken: Nur die wirklich betroffenen Menschen sollten unterstützt werden, und den anderen Menschen sollte ein neuer Start ermöglicht werden. Armut, Lifestyle-Krankheiten und physische Probleme stellen nach Auffassung der Wissenschaftler, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, eigentlich eine viel größere Bedrohung für die lokalen Gemeinden dar als die Verstrahlung.

Ein weiterer Aspekt, der einige ziemlich überraschen wird und auf den die Presse ziemlich überrascht reagiert hat, war, dass die meisten Rettungskräfte und die meisten Menschen in kontaminierten Gebieten relativ geringe Gesamtkörperdosen erhielten, die mit der natürlichen Hintergrundstrahlung vergleichbar sind. In der Folge konnte auch kein Beweis für bzw. Hinweis auf eine verringerte Fruchtbarkeit der betroffenen Bevölkerung gefunden werden. Auch ein Beweis für eine Zunahme angeborener, auf Strahlung zurückzuführender Missbildungen konnte nicht gefunden werden. Darüber hinaus möchte ich noch zwei weitere Aspekte ansprechen: Unser Bericht enthält sehr viele Empfehlungen. Diese beziehen sich u. a. auf die Schutzhülle, die zu zerfallen droht. Daher besteht dringender Handlungsbedarf, eine neue

Schutzhülle zu errichten. Wir hoffen, dass dies sehr bald geschehen wird. Dringend erforderlich aber noch nicht vorhanden sind ferner Pläne für die Lagerung der tonnenschweren, hoch verstrahlten Abfälle.

Unsere Ergebnisse haben, wie ich gesehen habe, Eingang in den vom Ausschuss zusammengestellten Reader zur heutigen Veranstaltung gefunden, dort können sie daher nachgelesen werden. Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Vielen Dank.

Cerstin **Gammelin**: Herzlichen Dank Frau **Fleming**. Ich denke, Sie haben einige Fragen aufgeworfen, bei denen Herr Botschafter **Stüdemann** gelegentlich den Kopf geschüttelt hat. Ich würde zunächst gerne fortfahren mit Frau **Dr. Claußen**, da auch sie eine Tschernobylfolgen-Studie erstellt hat bzw. hat erstellen lassen, die jedoch zu anderen Ergebnissen gelangt. Anschließend dann Herr Botschafter **Stüdemann**.

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr verehrte Abgeordnete hier im Umweltausschuss, sehr verehrte Frau Gammelin und sehr verehrte Gäste. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass Sie mich heute eingeladen haben als Vorsitzende der IPPNW, das sind die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung. Mit Frau **Fleming** und mir sitzen heute zwei Vertreterinnen von Organisationen hier auf dem Podium, die den Friedensnobelpreis erhalten haben; die internationale Atomenergiebehörde hat den Friedensnobelpreis letztes Jahr erhalten und die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges haben den Friedensnobelpreis vor 20 Jahren, im Jahr 1985, auf der Höhe des Wettrüstens, erhalten. Man kann sagen, dass unsere beiden Organisationen hinsichtlich der Frage der Atomwaffen recht häufig zu Übereinstimmungen gelangen, dass wir uns aber diametral gegenüberstehen, was die Einschätzung der Atomenergie, die Nutzung der Atomenergie und auch die gesundheitlichen Folgen der Atomenergie angeht; das unterscheidet uns wirklich diametral, und das ist schon seit langem so. Wie Sie vielleicht wissen ist die Internationale Atomenergiebehörde zum Einen gegründet worden, um Atomwaffen einzudämmen; ihre zweite Zweckbestimmung besteht laut Statut darin, eine möglichst weite Verbreitung der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu erreichen. Ich möchte mich in meinem Statement gern heute auf drei Punkte beschränken: Ich möchte erstens eingehen auf die IAEO-Studie, die ja im September letzten Jahres in Wien vorgestellt wurde. Diese Studie haben wir uns gründlich angeschaut und festgestellt, dass hierin viele Daten manipuliert worden sind, wirklich manipuliert worden sind; ich gehe gleich noch darauf ein und begründe genau, dass wir das nicht akzeptieren können. Wir haben daraufhin gesagt, dass es so nicht weitergeht, dass wir eine eigene

wir eine eigene Studie erstellen müssen. Die IPPNW, Wien, hat daher jetzt zum zwanzigsten Jahrestag eine eigene Studie vorstellt. Unsere Studie wird morgen hier in Berlin im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt werden; einige Gedanken hieraus will ich bereits jetzt erwähnen. Und der dritte Aspekt, zu dem ich Stellung nehmen möchte, beinhaltet die Konsequenzen, die ich Ihnen empfehlen möchte.

Zur Studie der IAEO und zu unserem Vorwurf, sie manipulierte Daten. Das kann ich folgendermaßen begründen: In der Presseerklärung der IAEO heißt es, dass die Gesamtzahl der wegen Tschernobyl bereits eingetretenen oder in Zukunft während der Lebensdauer von Rettungskräften und Einwohnern aus den am meisten kontaminierten Gebieten noch zu erwartenden Todesfälle auf rund 4.000 geschätzt werde; diese Zahl umfasse u. a. rund 50 Rettungskräfte, die an den Folgen einer akuten Strahlenerkrankung gestorben seien. Wenn man sich jedoch Ihre ungefähr 180 Seiten umfassende Studie genau durchliest – das haben wir getan, insbesondere auch Herr Dr. Sebastian Flugbeil, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Berlin, der der Autor unserer Studie ist –, dann stellt man fest, dass in der Studie selber von etwa 9.000 Toten ausgegangen wird, also von 9.000 zu erwartenden Krebs- und Leukämietoten. Das steht bereits in der Langzeitfassung der Studie; diese Zahl wurde von Frau Kades, einer Krebsforscherin, in die Studie aufgenommen. Wenn man dann weiter in den Originalquellen nachschaut, auf die sich wiederum Frau Kades selbst beruft, stellt man fest, dass in der Originalstudie noch etwas ganz anderes steht, dass dort von 8.000 bis 22.000 zu erwartende Krebs- und Leukämietoten die Rede ist. Wenn eine Organisation so mit sich und den eigenen Zahlen umgeht, dann ist sie für mich nicht besonders glaubwürdig. Und das ist nicht das einzige Beispiel. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen vorstellen, die deutlich machen, dass in der Studie mit Zahlen manipuliert wird, dass – salopp formuliert – hier keine redliche Wissenschaft betrieben worden ist; wir werden hierzu auch morgen noch im Rahmen der Vorstellung unserer Studie Stellung nehmen. Wir haben unsere Studie vom Prinzip her genauso zusammengestellt, wie es die IAEO getan hat. Es ist eine Literaturstudie. Auch die IAEO hat nichts anderes als eine Literaturstudie erstellt; sie hat vorhandene Studien einfach zusammengefasst und Bewertungen hinzugefügt. Die meisten der als Quellen aufgeführten ursprünglichen Studien sind schon mindestens zehn Jahre alt sin; insofern sind viele der neueren Studien nicht berücksichtigt worden. Wir haben in unserer Studie verwendet, was an Studien öffentlich zugänglich ist. Teilweise sind auch Studien hierunter, die nicht übersetzt worden sind, die nur in ukrainischer oder in russischer Sprache erschienen sind, aber das Gros ist bereits in englischer oder in deutscher Sprache vorhanden. Wir kommen nun zu folgenden Zahlen – nur einige

Beispiele: Es hat schätzungsweise 600.000 bis 1 Million Liquidatoren, Aufräumarbeiter gegeben; man weiß das nicht ganz genau, weil die meisten dieser Aufräumarbeiter nicht registriert sind, sie kamen ja aus der ganzen Sowjetunion, registriert sind nur insgesamt 350.000. Von diesen 600.000 bis 1 Million Liquidatoren sind nach übereinstimmenden Schätzungen aus mehreren Quellen – ich habe diese Zahlen von Professor Lenkfelder, er ist Strahlenbiologe an der Universität München – 50.000 bis 100.000 Liquidatoren gestorben. Dann gibt es nach übereinstimmenden Angaben der russischen, der ukrainischen und der weißrussischen Behörden, die ihre registrierten Liquidatoren regelmäßig auf die verschiedensten Krankheiten hin untersuchen, die übereinstimmende Einschätzung, dass darunter 90 Prozent schwer erkrankte Menschen sind; wenn wir jetzt wieder die Zahlen 600.000 bis 1 Million zugrunde legen, sind das 540.000 bis 900.000 schwer erkrankte Menschen. Das sind nicht wenige Menschen, bitte schön, das sind sehr viele Menschen. Ich kann nicht verstehen, warum diese Sachverhalte bei der IAEO überhaupt nicht erwähnt sind; das sind Sachverhalte, die auch der IAEO vorgelegen haben.

Was haben diese Liquidatoren für Erkrankungen? Die Liquidatoren haben nicht nur Krebserkrankungen. Was die Krebserkrankungen betrifft, da haben wir keine wesentlich anderen Aussagen als die IAEO. Aber die Liquidatoren haben nicht nur Krebserkrankungen, sie haben viele, viele andere Erkrankungen, sie haben vor allem hirnorganische Erkrankungen. Man hat festgestellt, dass das menschliche Gehirn extrem strahlenempfindlich ist. Gehirnzellen können nicht noch mal neu gebildet werden wie Zellen anderer Organe. Die Sinnesorgane sind betroffen, also Linsentrübung. Es gibt vielfache Atemwegserkrankungen, es gibt Erkrankungen der Versorgungssysteme, es gibt Schilddrüsenenerkrankungen, auch Funktionserkrankungen, endokrine Erkrankungen und psychische Erkrankungen, Schizophrenien. Die Liquidatoren sind ja zu einem großen Teil schwer bestrahlt worden, sie sind nicht nur wenig bestrahlt worden. Dass diese Krankheiten auftreten, ist ja zuletzt auch in Hiroshima festgestellt worden. Studien, die Sie auch angesprochen haben, hierunter eine Studie von Pearth u. a. aus dem Jahre 2003, zeigen sehr deutlich, dass auch Hiroshimaüberlebende eine Häufung von Nichtkrebs-Erkrankungen haben. Das weiß auch die IAEO. Im Rahmen ihrer Kongresse gibt es immer ein Forum zu Nichtkrebs-Erkrankungen, wo über diese Fragen ausführlich diskutiert wird, gibt es immer wieder Unterveranstaltungen, die sich den methodischen Fragen widmen. Nur im Endbericht wird dies nicht zu Sprache gebracht, der Endbericht lautet immer anders.

Und was ist denn mit den Kindern? Die Berichte der russischen, weißrussischen, ukrainischen Gesundheitsämter wie auch die Forschung zeigen sehr genau auf, dass vor dem Unfall zwanzig Prozent der

Kinder krank und achtzig Prozent der Kinder gesund waren. Jetzt ist das Zahlenverhältnis umgekehrt. Wenn man die kranken Kinder, wenn man die kranken Menschen – auf die weiteren Personengruppen will ich hier nicht mehr eingehen – wenn man die überhaupt nicht berücksichtigt, dann kann man zu keinen wirklich aussagekräftigen Daten gelangen. Und so sehr ich mit dem übereinstimme, was Herr Professor Müller sagt, dass wir bereits vieles über die Strahlenfolgen wissen: Trotzdem lehrt uns Tschernobyl sehr viel neues auch über Strahlenfolgen, weil nicht nur wie in Hiroshima von außen eine Strahlung eingewirkt hat, sondern weil wir es mit einer Kombination von externer Bestrahlung und auch interner Bestrahlung, vor allem durch die Aufnahme von kontaminierten Nahrungsmitteln, zu tun haben, deren Folgen wir untersuchen müssen. Und noch eine sehr erschreckende Nachricht von den Tschernobylkindern: Es wurden Untersuchungen bei den Kindern von Liquidatoren und bei den Kindern von Menschen, die aus den kontaminierten Regionen stammen, durchgeführt, und man hat bei den Kindern, die ja selbst gar nicht bestrahlt worden sind, verschiedenste schwere Erkrankungen festgestellt. Das deutet darauf hin, dass es transgenerationale Prozesse gibt, dass die Erkrankung also in die nächsten Generationen weitergetragen wird. Wenn man sich ein bisschen mit Genetik auskennt, weiß man, dass die ersten Folgeerscheinungen, zehn Prozent, in der ersten Generation nach Bestrahlung auftreten; die übrigen neunzig Prozent treten erst in den darauf folgenden Generationen auf. Deshalb sage ich zu Tschernobyl das, was auch die dortigen Wissenschaftler sagen: Wir sehen erst die Spitze des Eisberges, wir sehen nicht den vollkommenen Eisberg, wir sehen erst dessen Spitze.

Ich komme jetzt zum Schluss: Was würde es bedeuten, wenn wir in Deutschland einen Supergau hätten? Diese Zahl möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: In der deutschen Risikostudie Kernkraftwerke wurden verschiedene Szenarien durchgespielt, sie reichen von 1,7 Millionen Krebstoten bis zu 12 Millionen Krebstoten. Die angegebenen Zahlen sind rein mathematische Zahlen. Das heißt auch, dass es eine große Unsicherheit darüber gibt, was wirklich herauskommt. Was die materiellen Schäden angeht, auch darüber gibt es Studien. So ist vom Prognos-Institut errechnet worden, dass sich der wirtschaftliche Schaden bei einem so schweren Kernkraftunfall auf 5.000 Milliarden, d.h. 5 Billionen Euro belaufen würde. Die Versicherungssumme von Kernkraftwerken liegt dagegen nur bei 2,5 Millionen Euro. Was ist das für ein Verhältnis, 5 Billionen zu 2,5 Millionen? Wenn die Kernkraftwerke in Deutschland alle vollständig versichert wären, dann würden sie sofort abgeschaltet werden, das ist klar. Es ist richtig, dass in Deutschland eine gute Energieversorgung gewährleistet sein muss, dass Energiesicherheit bestehen muss, dass wir aber auch unabhängig werden sollten sowohl vom Uran als

auch von den fossilen Rohstoffen Erdgas und Kohle; wir brauchen die Unabhängigkeit in beide Richtungen. Deshalb möchte ich Sie darum bitten, dem vom Vorstandsvorsitzenden der RWE AG, Herrn Harry Röhl, für das nächste halbe Jahr angekündigten Antrag auf Verlängerung der Laufzeit für den Reaktor Biblis A nicht zuzustimmen; Biblis A gehört wie Biblis B, salopp ausgedrückt, zu den fünf „Schrottreaktoren“ in Deutschland. Wenn die Laufzeitverlängerung beantragt wird, machen Sie bitte Ihre Einflüsse dahingehend geltend, dass das Umweltministerium dem Antrag nicht stattgibt. Denn bei allem Verständnis für wirtschaftliche Belange: Die Gesundheit von Menschen, die Gesundheit unserer Bevölkerung sollte wirklich im Vordergrund stehen. Ich bitte Sie recht herzlich und appelliere an Sie als Ärztin, dass Sie der Gesundheit der Bevölkerung Vorrang geben vor den Gewinninteressen solcher Unternehmen. Ich danke Ihnen.

Cerstin **Gammelin**: Herzlichen Dank für Ihr engagiertes Statement. Sie haben bei den beiden Podiumsvertretern, die aus der Region kommen, Kopfschütteln und Nicken provoziert. Da Sie, Herr Botschafter **Stüdemann**, nachher noch einen anderen Termin haben, würde ich Ihnen jetzt gerne das Wort erteilen und Ihnen die Gelegenheit geben, uns Ihr Kopfschütteln und Nicken zu erläutern.

Dietmar Gerhard **Stüdemann**: Das Kopfschütteln und Nicken will ich eigentlich nur in einer Art von Vorbemerkung abhandeln, weil ich mich hier in der Gruppe doch ein wenig als Außenstehender fühle. Ich bin weder ein Experte noch bin ich ein Politiker. Ich bin eigentlich ein Zeitgenosse, wenn Sie so wollen jemand, der in der Region lebt, und zwar seit vielen, vielen Jahren. Ich will das Kopfschütteln und Nicken gar nicht bewertet wissen als Empörung oder Zustimmung. Auffällig ist doch, dass wir schon auf der Ebene der Experten sehr entgegengesetzte Positionen haben. Ich nehme das sehr ernst, auf beiden Seiten sehr ernst; der Begriff Manipulation, denke ich, sollte da nicht vorkommen. Vor den Experten sitzen Politiker, die daraus Schlussfolgerungen ziehen sollen. Sie haben politische Ziele, d. h. sie vertreten Ansichten, wie Sie die Zukunft Ihrer Wähler oder die Zukunft Deutschlands gestalten wollen. Da oben sitzen Medienvertreter und, sagen wir es mal so, die einfachen Leute. Die Medienvertreter sollen mit dem allem so umgehen, dass sie es dem Publikum verständlich machen können, das sich den Medien aussetzt; und die einfachen Leute sollen das verstehen und daraus für sich Schlussfolgerungen ziehen. Darauf bezieht sich mein Nicken und mein Kopfschütteln. Bisweilen hat man den Eindruck als stünden wir vor der Quadratur des Kreises; es ist wirklich eine enorme Anstrengung und alle Ernsthaftigkeit geboten, Schlussfolgerungen zu ziehen, die uns weiterführen. Nun komme ich zur Ukraine. Wenn ich die Situation in der Ukraine heute mit einem Begriff beschreiben

sollte, würde ich sagen, es ist die Gewöhnung an den Schrecken. Tschernobyl ist nur 20 Jahre her, und die Ukraine gehört neben Weißrussland, neben einigen Teilen Russlands zu den am schwersten betroffenen Gebieten. Die Gewöhnung an den Schrecken hat damit zu tun, dass auf der einen Seite die Menschen fatalistisch sind, die Politik ist es heute teilweise auch. Die Menschen sind fatalistisch, weil sie nie umfassend informiert worden sind, in der Sowjetzeit schon gar nicht. Es ist hier eindrucksvoll beschrieben worden, was an Informationen in den ersten Tagen und Wochen auf uns zugekommen ist. Ich saß damals im Auswärtigen Amt, und zwar im Krisenstab, weil ich dem Sowjetunion-Referat angehörte, und ich könnte auch davon berichten, welche Lawinen von Besorgnissen und Ängsten auf uns damals wirklich eingeschlagen sind. Die Menschen in der Sowjetunion hatten immer eine große Distanz zu ihrer politischen Umwelt; d. h. sie wurden nicht informiert, haben allerdings den Politikern auch nichts geglaubt. Diese fast genetische Aversion hat sich fortgesetzt, d. h. die Menschen fühlen sich auf sich selbst gestellt. Das gilt auch heute noch. Auch heute hat die Ukraine ein Defizit an Informationsfähigkeit und an Informationsbereitschaft, was die politische, die wissenschaftliche Ebene betrifft. Hinzu kommt ein gewisser Fatalismus der ukrainischen politischen Führung, auch heute; sie sehen sich noch immer in einem überdimensionierten Maße alleingelassen mit den Folgen der Katastrophe, wenngleich es die G7, die G8, die Welt gibt, die ungeheuer eindrucksvollen privaten Initiativen, die Ungeheures leisten. Was an Geldern bisher aufgebracht worden ist, um mit den Folgen fertig zu werden, und was an privatem Engagement geleistet worden ist, ist überhaupt gar nicht mit Worten zu beschreiben. Das ist alles richtig. Aber dennoch fühlt sich die politische Führung in weiten Teilen von uns nicht wirklich unterstützt. Frau **Fleming** hat es angedeutet. Wir haben immer noch Probleme mit dem, wie wir hier sagen, neuen Sarkophag; er steht noch nicht, allerdings geschieht etwas im Hinblick auf die Stabilisierung, aber das ist nicht so sichtbar; diese muss man ja zuerst betreiben, ehe man einen neuen Sarkophag bauen kann. Wir haben immer noch gravierende Probleme mit der Lagerung des Abfalls, der in ungeheuren Mengen angefallen ist; eigentlich müssten 18.000 Stäbe gelagert werden, doch haben wir bisher kein gültiges Konzept dafür. Alle Finanzierungsansätze, die uns Experten vorgelegt haben, haben sich als nicht machbar erwiesen; wir stehen da immer noch vor gravierenden Problemen. Darüber hinaus haben wir es damit zu tun, und das ist etwas, was die politische Führung in der Ukraine berührt und wo wir das Gefühl haben, dass neben der Betroffenheit auch ein gutes Stück an Manipulation vorliegt, dass man intern ständig im Streit liegt, dass es große Abstimmungsprobleme zwischen den verschiedenen Verantwortlichen sowohl auf internationaler Seite als auch auf ukrainischer

Seite gibt. Die ganze Managementfrage ist bisher nicht optimal gelöst worden; es gibt dort zu viel auswärtiges Management und zu wenig ukrainisches Management. Die Ukrainer haben in den 20 Jahren nach der Katastrophe dazugelernt was Expertise betrifft, auch hinsichtlich der Umsetzung von moderner Sicherheit. Das muss auf eine neue Grundlage gestellt werden, denn in dieser Konfliktsituation zwischen den verschiedenen Managementelementen, die von außen kommen, und den zu wenigen, die von innen kommen, liegen natürlich auch Reibungsflächen, die wirklich nicht zu unterschätzen sind. Hinzu kommt auf Seiten der ukrainischen Bevölkerung letztlich auch ein latentes Misstrauen, was ich als Fatalismus auf beiden Seiten beschrieben habe, sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der Politik; dahinter verstecken sich immer wieder Aspekte, die mit Partikularinteressen zu tun haben. Damit bin ich bei der Frage der zukünftigen Gestaltung der Energieversorgung der Ukraine; das ist ja nicht nur ein Problem, das die Ukraine hat, sondern das wir alle haben. In der Ukraine kommt hinzu, dass es eine für westliche Industriestaaten unvorstellbare Energieverschwendung gibt, und zwar die höchste aller westlichen Industriestaaten, wenn wir die Ukraine zu den westlichen Industriestaaten zählen; sie ist jedenfalls ein Industriestaat. Da hätte seit Jahren etwas geschehen müssen, und es ist nichts geschehen, weil man sich auf den billigen Energiebezug aus Russland verlassen hat, dessen vertragliche Grundlagen über die Maßen unklar sind, um nicht zu sagen geradezu förmlich danach riechen, nicht wirklich dem Interesse des Gemeinwohls zu dienen, sondern bei denen Partikularinteressen eine Rolle spielen, verbunden mit der Abzweigung von sehr viel Geld – Summen will ich hier gar nicht nennen. Das alles führt dazu, dass die Menschen eigentlich nicht wissen, wie es weitergeht, dass sie latent Angst haben, dass ihnen vieles verschwiegen wird, weil es entweder zu schwierig ist oder aber, weil es zu bedrohlich ist. Ich denke, das ist eine Situation, wo man nicht stehen bleiben darf. Die Gewöhnung an den Schrecken ist vielleicht eine Überlebensstrategie, aber es ist keine Strategie, Überleben zu gestalten. Die Menschen wollen weiter leben, die Menschen wollen aber nicht nur weiterleben, sie wollen weiter gut leben, sie wollen gesichert leben, sie möchten alt werden, sie möchten eine materielle Sicherheit haben, all' das, was bei uns auch die vorherrschenden Elemente für die Aktivitäten unserer Abgeordneten sind; das möchten die Menschen dort auch haben, aber sie sehen es nicht, sie sehen es bei ihren Politikern jedweder Couleur nicht. Infolgedessen gibt es eine riesige Lücke zwischen den Menschen und der Politik, und diese Lücke muss überwunden werden. Und das ist, denke ich, eine generelle Aufgabe, die sich in unserer Zusammenarbeit mit der Ukraine stellt. Mit dieser Feststellung gehe ich natürlich weit über Tschernobyl hinaus, aber ich denke, die Ukraine ist ein wichtiger Faktor für uns,

ein Land, das uns betrifft, dessen Menschen uns betreffen und die wir sozusagen nicht im Dunkeln und in der Angst stehen lassen dürfen. Dieses will ich auch als Appell verstanden wissen in einer Situation, in der die Ukraine wieder in unseren Fokus gerät, weil wir dort Wahlen gehabt haben und sich politische Entwicklungen ergeben, die uns nicht gleichgültig sein dürfen.

Aber zurück zu den konkreten Zahlen, so wie ich sie aus ukrainischen Quellen kenne. Alles, was von Herrn Professor **Müller**, von Frau **Fleming**, von Frau **Dr. Claußen** gesagt worden ist, alles sind Daten, die Sie natürlich in Kiew auch bekommen können. Es sind allerdings keine Daten, die in eine Art von öffentlicher Diskussion eingehen, und es sind schon gar keine Daten, die in der Politik zu Entscheidungen führen; das ist der große Unterschied zu dem, was wir hier tun, so schwierig es auch sein mag, hier nach einer solchen Anhörung zu Ergebnissen zu kommen. Acht Prozent des ukrainischen Territoriums, um mal etwas präziser zu werden, sind kontaminiert. Es gibt verschiedene Zonen. In der 30 km-Zone, die Sperrgebiet ist, leben wieder Menschen. Es spielt gar keine Rolle, ob da 3.000, 5.000 oder die Anzahl, die mir gegeben worden ist, nämlich 350 Menschen leben, es leben dort wieder Menschen. Man mag das für grotesk halten, aber es ist ein Zeichen in zweierlei Hinsicht. Es ist zunächst einmal ein Zeichen der Verzweiflung – Menschen, die nicht wieder irgendwo haben Fuß fassen können, weil die Gesellschaft sie entweder nicht wahrgenommen hat oder weil der Staat sie nicht auf eine Art und Weise betreut hat, die ihnen ein Überleben woanders ermöglicht hätte. Es sind Menschen, die dort leben, es sind keine Toten, es sind Menschen, die dort seit einer Reihe von Jahren wieder leben und die gar nicht selten, wenn auch nicht besonders deutliche Zeichen schwerster seelischer Erschütterungen, physischer Krankheiten zeigen. Es sind wieder Menschen dort. Das ist ein sehr gefährliches Argument, was ich hier vortrage, ich weiß das, weil es ein bisschen in die Richtung „Auch die Natur schafft sich wieder Platz“ weist. Wenn Sie sich in der Zone aufhalten, sehen Sie beides: Sie sehen ganz einfach die Natur, die sich wieder ausbreitet, vital, rigoros, geradezu menschenfeindlich. Es gibt aber auch wirklich die verbrannte Erde, die verstrahlte Erde, wo sie im Grunde genommen eine gigantische Mondlandschaft oder wie auch immer, jedenfalls eine für uns nicht verständliche Landschaft wahrnehmen. Mit anderen Worten: Es besteht dieses alles nebeneinander, und unsere Aufgabe ist es, damit vernünftig umzugehen.

Was die betroffenen Menschen betrifft, ist mein Eindruck immer wieder, dass Todesfälle und gesundheitliche Folgen sehr schnell durcheinander geworfen werden. Ob es wirklich nur 500 Liquidatoren gewesen sind, die umgekommen sind, oder 50.000 – ich selber glaube, dass diese Zahlen entweder nur Panik oder Verharmlosung verbreiten,

aber nicht entscheidend sind. Entscheidend ist, dass es sich um ein Phänomen handelt, das wir vielleicht wirklich, sage ich jetzt einmal laienhaft, nicht absolut grenzwertsicher erfassen können, dass es sehr viel Dunkelziffern gibt. Die Sowjetunion hat bei der Zahl der Liquidatoren und auch der Todesfälle und der Krankheitsfälle der Liquidatoren absolut manipuliert. Ich weiß es nicht, weil ich es selber hätte kontrollieren können, ich weiß es jedoch z. B. aus dem Munde eines Mannes, der unverdächtig ist, jedenfalls heute, nämlich Gorbatschow. Ich habe lange in Moskau gearbeitet und hatte viel mit ihm zu tun, vor allem in der Phase, als er in Ungnade gefallen war und sich auch unsere politische Führung nicht mehr so gerne mit ihm zeigte; da war er dann jemand, den wir betreuen durften, und ich habe ihn, wie gesagt, häufig gesehen. Wir haben uns darüber unterhalten und er hat zu mir gesagt, erstens sei er in den ersten Tagen selbst absolut manipuliert worden, und zweitens wisse er das aus eigenen Versuchen, in diesem Dickicht von Gerüchten und von Uninformiertheit für sich selber fassbare Informationen zu erhalten. Das betrifft auch die Zahlen, die von sowjetischen Wissenschaftlern wider besseres Wissen genannt worden sind, von sowjetischen Wissenschaftlern mit Einblick aber nicht umfassendem Wissen oder aber von sowjetischen Politikern. Es gibt bei all' diesen Vorgängen aus der sowjetischen Periode von Tschernobyl ein so großes Maß an Dunkelziffern, dass es ganz schwierig ist, überhaupt mit Zahlen aufzuwarten.

Und was die Wissenschaft selber betrifft, meine Damen und Herren, ich sage das als Laie: Wissenschaft besteht doch gerade darin, dass sie ständig korrigiert wird, d. h. wir bewegen uns doch in einem offenen Feld. Wir können gegenwärtig sagen, was wir gegenwärtig wissen, aber welche Folgen eintreten werden und wie sich unter anderen Bedingungen ähnliche Vorgänge auswirken werden, das sind doch alles Dinge, die wir allenfalls prognostizieren können, mit all' den Unsicherheitsfaktoren, die damit verbunden sind. Deswegen ist Wissenschaft für uns sozusagen ein Hilfsmittel, an dem wir uns festklammern, aber letztlich nicht etwas, das uns so viel Sicherheit gibt, dass wir den Menschen sagen können: So und nicht anders. Wir werden auch in Zukunft mit dieser Ungewissheit leben.

Nach ukrainischen statistischen Quellen werden – und das hat auch finanzielle und wirtschaftliche Folgen für die Ukraine, die sich in Zahlen ausdrücken lassen – in der Ukraine 2,7 Millionen Menschen offiziell als Opfer der Tschernobylkatastrophe mit Folgewirkungen für sich anerkannt. Darunter – das sind jetzt annähernde Zahlen, aber die Dimensionen stimmen mehr oder weniger – 450.000 Kinder und 300.000 so genannte Liquidatoren. Das sind nur ukrainische Liquidatoren. Wir wissen, dass in den ersten Tagen der Versuche, in Tschernobyl etwas zur Beseitigung der Folgen der Reaktorkatastrophe zu unternehmen, mit Vorliebe

keine Ukrainer, sondern Balten und Zentralasiaten eingesetzt worden sind, mit entsprechenden Opfern. Also, allein in der Ukraine werden 300.000 so genannte Liquidatoren in die Anzahl der Opfer eingerechnet, die Ansprüche haben. Zu den Todesfolgen will ich gar nichts sagen. Das ist auch in der Ukraine ein beliebtes Thema, um die Menschen zu erschrecken, aber auch um zu verharmlosen; ich glaube, da gibt es auch keine ganz eindeutigen Aussagen. Das Rote Kreuz sagt nur, dass die Krankheitsverläufe und die Krankheitsperspektiven auf breiter Grundlage zunehmen werden.

Tschernobyl ist jedoch nicht nur Verstrahlung, Tschernobyl ist auch Stress, Tschernobyl ist auch vieles andere, was zu Erkrankungen geführt hat, neben den üblichen Dingen wie Alkohol etc.. Wie hoch sind die Sozialausgaben? Die Ukraine veranschlagt in ihrem jährlichen Budget etwa zwei Prozent des Staatshaushaltes für Ausgaben in diesem großen sozialen Kontext; da geht es um die medizinische Behandlung von Betroffenen, da geht es um Renten, da geht es um Entschädigungen, da geht es um Sozialhilfe für Invaliden. Das sind Zahlen, die Wirklichkeit sieht depressierender aus. Ein ukrainischer Staatshaushalt ist nie ein Haushalt, der dann auch umgesetzt wird; es sind immer nur Prozentanteile, die wirklich ihr Ziel erreichen. Man kann mit aller Deutlichkeit sagen, dass diese Menschen nicht nur deshalb stigmatisiert sind, weil sie Tschernobylopfer genannt werden, das ist schon angedeutet worden; sie sind zusätzlich auch deshalb stigmatisiert, weil die Hilfe, die sie bekommen, nicht alle Schäden abdeckt, weder die medizinischen noch die sozialen Schäden, weil diese Schäden nicht annähernd finanziell bewältigt werden. Danke schön.

Cerstin Gammel: Herzlichen Dank, Herr Botschafter. Ich würde jetzt gleich das Wort an Herrn **Faust** übergeben mit der Bitte, die fünf Minuten für Ihr Statement einzuhalten, weil wir ja auch noch diskutieren wollen. Weißrussland plant nach meiner Information ein neues AKW. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, inwiefern das relevant ist.

Wolfgang Faust: Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte mich zunächst ganz herzlich für die Einladung bedanken, vor diesem Gremium sprechen zu können. Ich bin, das wurde schon gesagt, seit sehr vielen Jahren in der Region, konkret seit vier Jahren an der Deutschen Botschaft in Minsk tätig. Zu meinem Arbeitsbereich zählt auch die Tschernobylproblematik. Ich möchte zunächst mit zwei Vorbemerkungen beginnen, die ich anhand der mittlerweile sehr emotionalen Statements hier anbringen möchte. Die erste Vorbemerkung: Mich beschleicht bei allem, was ich bisher gehört habe, und zwar egal von welchen Vertretern der unterschiedlichen Richtungen, ein Gefühl: Statistiken, Berichte und Papier haben eine brutale Eigenschaft – sie reduzieren menschliche

Einzelchicksale auf Druckerschwärze und Zahlen, und das ist im Zusammenhang mit Tschernobyl eigentlich unzulässig. Tschernobyl ist – anders als viele andere Naturkatastrophen – eine von Menschen gemachte Katastrophe; sie ist von Menschen zu verantworten und Menschen leiden noch heute darunter. Es klang hier vieles an, was in dem Zusammenhang wichtig ist gesagt zu werden. Aber die Eindrücke, die ich selbst während der Zeit in Minsk und auch in den kontaminierten Regionen gewinnen konnte, sprechen eine deutliche Sprache: Das Problem Tschernobyl ist noch längst nicht bewältigt, und es hat eine wesentlich größere Dimension als eine strahlenbiologische, als eine physikalische, als eine gesundheitliche und möglicherweise als eine finanzielle Dimension. Das Problem Tschernobyl ist ein wesentlich globaleres Problem. Es klang in einigen Statements schon an, ich möchte das noch unterstreichen. Die gesellschaftliche Dimension von Tschernobyl ist bisher in diesem Zusammenhang nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die wenigsten machen sich eine Vorstellung davon, wie es in diesen Regionen aussieht. Wir haben Worte gehört wie Sperrzone, wie Zone der Umsiedlung, freiwillige Umsiedlung etc. Konkret heißt das, dass im Zentrum Europas, und ich zähle die Ukraine zum Zentrum Europas, ein gigantisches Territorium bis heute entsiedelt ist, wirtschaftlich nicht nutzbar ist und bis auf weiteres nicht nutzbar sein wird. Sie müssen sich das so vorstellen: Wenn etwas Vergleichbares in Westeuropa, oder nehmen wir es konkret, in Deutschland passieren würde, dann würde ein Gebiet sagen wir so groß wie die Eifel plötzlich von der Landkarte verschwinden, und das ist eine Dimension, die sich die Wenigsten vorstellen können, wenn sie nicht da gewesen sind. Es gibt ein Sprichwort, das besagt: Einmal gesehen ist besser als einhundertmal gelesen oder gehört. Ich bin in diesem Zusammenhang sehr dankbar, dass einige Mitglieder des Umweltausschusses planen, am Ende dieser Woche eine Delegationsreise in diese Region anzutreten; diese Reise wird möglicherweise Ansichten verändern und vielleicht auch eine ergänzende Beurteilungsgrundlage für politische Entscheidungen in der Zukunft bilden. Die Dimension, die das Unglück von Tschernobyl in der Gesellschaft der drei betroffenen Ländern aufgelöst hat, kann man nur unzureichend mit Medienwirkung wiedergeben.

Ich habe versucht, einen kleinen Teil davon wiederzugeben – einige der Fotos, die Sie hier im Foyer sehen, stammen von mir, der Koautor dieser Ausstellung ist ein belarussischer Fotograf, Dsjanis Ramanjuk. Er hat mir gestern noch im Vorfeld meiner Reise ein Buch übergeben; ich darf es Ihnen ganz kurz zeigen – das ist keine Werbung, sondern es ist eher ein Angebot, ein Buch über die menschliche, persönliche und gesellschaftliche Dimension von Tschernobyl, ein Bildband, der die aktuelle Situation und auch die Entwicklung in den vergangenen Jahren wiedergibt. Dieses Buch ist bisher nur

in diesem einen Vorserienexemplar erschienen, es ist ab Ende April auch in Deutschland zu haben. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Machen Sie sich einen persönlichen Eindruck davon und lassen Sie sich nicht von Zahlen, von Statistiken blenden. Die Dimension, die das Unglück von Tschernobyl hat, ist eine wesentlich größere.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung, auch Botschafter **Stüdemann** hat es zur Sprache gebracht: Die finanziellen Aufwendungen, die die Tschernobylkatastrophe verursacht hat, sind von Staaten wie der Ukraine und speziell auch Belarus – Russland ist hier weniger betroffen – alleine nicht zu leisten, das ist vollkommen klar, und die humanitäre Hilfe, die in diesem Zusammenhang speziell von deutschen Initiativen geleistet wird, ist enorm. Ich möchte hier eine Zahl nennen: Der jährliche Gesamtumfang der humanitären Hilfe aus Deutschland beträgt 20 Millionen Euro, das ist eine Summe, die ich durchaus für erwähnenswert halte.

Ich möchte mein Statement schließen mit einem Zitat aus einem von mir vor kurzem veröffentlichten Beitrag, den ich Ihnen auch für die bevorstehende Reise gerne ans Herz legen möchte: Radioaktivität ist die tückischste aller Naturerscheinungen, sie ist mit menschlichen Sinnen nicht erfassbar, das Ergebnis ihrer durch den Menschen potenzierten zerstörerischen Wirkung ist jedoch verheerend. Das Tschernobylunglück hat mehr als zwei Millionen Menschen in unterschiedlichem Maß betroffen. Menschliches und technisches Versagen hat zur größten technogenen Katastrophe in der Menschheitsgeschichte geführt.

Technik ist nie zu einhundert Prozent sicher. Ich bin selber Techniker, ich habe Maschinenbau studiert; mit vertretbarem Aufwand ist das in der Tat nicht zu machen, auch wenn die Apologeten der Kernkraft dies immer wieder glauben machen möchten. Die Frage der Energieversorgungssicherheit ist bei Vorhandensein des entsprechenden politischen Willens durchaus alternativ lösbar, wird bekanntlich aber gerade in jüngster Zeit sehr kontrovers diskutiert. Angesichts der Eindrücke meiner Reisen in die Gebiete kann ich nur hoffen und wünschen, dass man sich langfristig weltweit für ein anderes Konzept als für den Ausbau der Kernkraft entscheidet. Danke schön.

Cerstin **Gammel**in: Herzlichen Dank Herr **Faust** für diese Worte. Ich muss jetzt das Wort an die Techniker geben, die etwas zur Sicherheit von Kernkraftwerken sagen werden, und ich möchte mit Herrn Professor **Traube** beginnen. Vielleicht können Sie kurz Ihre Wandlung vom Atomkraftkonstrukteur zum Atomkraftkritiker beschreiben.

Sv. Prof. Dr. Klaus **Traube**: Zur Wandlung die Fakten: Ich war bis 1976 als Geschäftsführender Direktor der Siemens-Tochter Interatom für die Entwicklung der Schnellbrutreaktoren in Deutschland verantwortlich, u. a. auch für den Bau des Kernkraft-

werks Kalkar; ich habe 7 Milliarden DM dafür ausgegeben, es ist dann, wie Sie alle wissen, nicht in Betrieb gegangen. Vorher habe ich dieses Land als Direktor des Fachgebiets Kernreaktoren der AEG mit Siedewasserreaktor-Kraftwerken überzogen. Wie bekannt ist, habe ich mich nach einer Übergangszeit dann doch als Zeuge auch gegen die Kernkraft zur Verfügung gestellt. Seinerzeit waren in Deutschland nicht nur die Auswirkungen auf die Milch, auf den Kohlrabi, auf die Sandkästen ein Thema, sondern ein anderes Thema war die Frage, was wir für unsere Kernkraftwerke aus Tschernobyl lernen können. An der Diskussion beteiligten sich keineswegs nur Fachleute, sondern auch Politiker. Ich nenne zwei kurze Zitate aus der Zeit wenige Tage nach dem Bekanntwerden des Reaktorunfalls. Der seinerzeitige Forschungsminister Riesenhuber erklärte, dass diese Art von Unfall in Deutschland nicht vorstellbar sei; er bezog sich damit auf das fehlende Containment, den in Tschernobyl fehlenden Sicherheitsbehälter. Und Franz-Josef Strauß setzte einen drauf, indem er sagte, dass hier nicht die Technik, sondern das sowjetische System die Ursache sei, wobei er sich in dieser Angelegenheit besonders auf die Schlampigkeit des Betriebspersonals bezog.

Bevor ich ein paar Worte hierzu sage, kurz etwas zum Thema Sicherheit generell: Herr **Göhner** hatte vorhin apodiktisch gesagt, entweder seien unsere Kernkraftwerke sicher, dann könnten wir sie weiter betreiben, oder sie seien nicht sicher, dann müssten wir sie sofort abschalten. Hierzu ist Folgendes zu sagen: Aus fachlich-wissenschaftlicher Sicht sind die Kategorien „sicher“ und „nicht sicher/unsicher“ unsinnige Kategorien, denn es gibt nur die Kategorie „wie sicher“, das wiederum im Verhältnis zu irgendwelchen anderen Kernkraftwerken. Es ist aber auch in der Atomgemeinde völlig unbestritten und dokumentiert, einfach durch die statistischen Studien über große Reaktorunfallwahrscheinlichkeiten, dass es absolut sichere Kernkraftwerke nicht geben kann. Das ist die eine Seite der Geschichte.

Die andere Seite der Geschichte ist das, was Sie hier erleben, nämlich kontroverse Meinungen auch unter Fachwissenschaftlern, und als Mitglieder des Umweltausschusses kennen Sie das zur Genüge, keineswegs begrenzt auf das Gebiet der Kernenergie. Wir haben das überall; ich selber bin seit vielen Jahrzehnten in verschiedenen Funktionen immer wieder hier vor den Bundestag als Experte geladen worden. Frau **Hartenstein** berichtete vorhin über das Waldsterben. Was gab es nicht für Gutachten und Gegengutachten zu den durch die Kraftwerke – in diesem Fall die Kohlekraftwerke – oder durch die Autoabgase verursachten Schäden? Zur gleichen Zeit gab es die Debatte um Geschwindigkeitsbegrenzung. Gutachten, Gegengutachten, so geht das die ganze Zeit. Ich bin jetzt hauptsächlich als Berater in der Energiepolitik tätig, wir haben das überall. Und – nehmen Sie mir das nicht übel, Herr

Kollege **Müller**: Sie haben vorhin mit der Kraft der Überzeugung gesagt, dass es doch nur darum gehe, die wissenschaftlichen Fakten unter die Leute zu bringen, und das möglichst unbeeinflusst von irgendwelchen politischen Wünschen, die an die Fachgutachter gerichtet werden. Ich will Ihnen konzedieren, dass Sie das auch so glauben. Nur: Die Erfahrung des Gutachtens und Gegengutachtens zeigt ja, dass diese sterile wissenschaftliche Welt, innerhalb derer man nur Fakten unter die Leute bringt, so nicht existiert, sondern dass jeder mit den Prämissen, die er bewusst oder unbewusst einem Gutachten zugrunde legt, bereits mehr oder weniger die Richtung dessen, was dabei herauskommt, vorgibt, auch wenn in dem einzelnen Schritt des Gutachtens wissenschaftliche Kriterien zugrunde gelegt werden.

Nun zurück zu der Frage, was wir aus Tschernobyl lernen können. Zunächst einmal ist es richtig, dass ein Unfall, wie er in Tschernobyl passierte, vom Ablauf des Unfalls her, so in Deutschland nicht passieren kann. Das kann man aber wahrscheinlich von jedem Unfall sagen. Hier ist insbesondere erstens von Belang, dass die Betriebsmannschaft bei dem Unfall gegen Vorschriften verstoßen hat, als sie das Experiment, was sie machen wollte und was zum Beweis der Sicherheit des Reaktors dienen sollte, unter Missachtung gewisser Vorschriften initiiert hat, und dass sie während des Experiments – bevor es zur eigentlichen Explosion kam, gab es einen längeren Vorlauf von der Größenordnung eines Tages – verschiedentlich falsch reagiert hat; das ist die eine Sache, das, was man menschliches Versagen oder auch Schlampigkeit nennen könnte. Das Zweite ist, dass dieser Reaktor anders konstruiert ist als bei uns, dass es hier insbesondere zu dem, was die Fachleute eine Leistungsexkursion nennen, gekommen ist, was nicht dem Ablauf entspricht, den wir bei einem größeren Unfall bei uns erwarten würden; das hängt – nur für die Fachwelt – mit den negativen oder positiven Rückkopplungen des Reaktivitätskoeffizienten zusammen. Drittens hat der Reaktortyp von Tschernobyl die Ausbreitung der Radioaktivität beeinflusst. Dass es in diesem Reaktor Graphit gab und damit ein Graphitbrand ausgelöst wurde, hat dazu geführt, dass die radioaktiven Partikel teilweise in sehr hohe atmosphärische Schichten getragen wurden. Und dies führte zu einer größeren Ausbreitung als vielleicht bei einem Unfall hier, bei einem Reaktortyp wie wir ihn verwenden. Umgekehrt bedeutete dies jedoch, dass die Konzentration vor Ort bei uns vielleicht größer wäre.

Wesentlich ist, dass zu Beginn des Unfalls eine Störung im Kühlsystem vorlag, damit hat es begonnen. Diese wurde letztlich durch das Experiment verursacht. Es war nicht genügend Wasser zur Kühlung der heißen Brennstäbe vorhanden, dies löste dann die Folgereaktionen bis hin zur Leistungsexkursion, zur Explosion aus. Eine solche Störung im Kühlsystem ist der grundlegende Be-

ginn eines großen Reaktorunfalls. Dies haben wir auch sieben Jahre zuvor, 1979, in Harrisburg erlebt, wo es ebenfalls zu einer Kernschmelze kam und wo durch eine Verkettung von glücklichen Umständen die Kühlung des Reaktors wieder hergestellt werden konnte, bevor das Containment zerbarst, so dass die Radioaktivität nicht, jedenfalls nicht in großen Mengen, in die Umgebung gelangen konnte. Also, der Anfang jeder Art von Reaktorunfall liegt darin, dass die Kühlung ausfällt – Wasserkühlung dort wie hier und auch bei den sowjetischen Reaktoren. In Harrisburg war die Ursache hierfür ein Ventil, das klemmte und nicht entdeckt wurde; ich will das jetzt nicht weiter ausführen. Feststellbar war gleichfalls, dass die Betriebsmannschaft falsch reagiert hat, aber nicht deswegen, weil sie schlampig war, sondern weil sie in dieser Ausnahmesituation die Signale nicht richtig deuten konnte; hierzu gibt es sehr gute Untersuchungen. Genau so etwas war auf der sowjetischen Seite zu verzeichnen. Wohlgemerkt also: Große Unfälle können auch hier passieren. Und es ist immer derselbe auslösende Mechanismus: Die Kühlung fällt aus.

Nun noch einige Worte zur Schlampigkeit und zur Frage, ob diese auf das sowjetische System zurückzuführen ist. Diejenigen, die 10 oder 20 Jahre lang Betriebspersonal in einem Reaktor sind, erleben dieses technische Gebilde nicht als katastrophenträchtig, sie erleben es eher als gutmütig, denn in diesen 20 Jahren, in denen sie den Betrieb aufrecht erhalten haben, ist kein einziger wirklich schwerwiegender Unfall mit großen Zerstörungen eingetreten – und das macht leichtsinnig. Und dieser Leichtsinns hat dort Platz gegriffen, die Leute fühlten sich sicher. Hierzu zwei kurze Beispiele aus Deutschland: Im Kernkraftwerk Brunsbüttel gab es im Jahr 1979 einen ziemlich gravierenden Störfall, und als dieser Störfall analysiert und aufgearbeitet wurde, stellte sich heraus, dass das Betriebspersonal den Teil des Reaktorsicherheitsystems einfach abgeschaltet hatte, der, wenn er funktioniert hätte, diesen Unfall verhindert hätte. Eine Todsünde, man kann es sich gar nicht vorstellen. Aber wie kommt so etwas zustande? Weil dieser Teil des Betriebssystems dauernd Störungen verursachte und damit den Reaktor alle Augenblicke stilllegte und der Leistungsdruck auf diese Kernkraftwerke, mit deren Produktion ja sehr viel Geld verbunden ist, ungeheuer ist. Zweites Beispiel: Es ist, glaube ich, erst drei Jahre her, dass wir etwas Ähnliches in Philippsburg aufgedeckt haben. Dort waren auch aus dem Druck heraus, schnell wieder in Betrieb zu gehen, die Notkühlbehälter, eines der wichtigsten Systeme für die Sicherheit des Reaktors, nur teilweise gefüllt, weil es so lange dauert, diese Behälter, die ungefähr 4 x 100 m³ fassen, zu füllen. Zusätzlich stellte sich heraus, und das ist eher auf Schlamperei als auf Zeitdruck zurückzuführen, dass die Borsäurekonzentration viel zu niedrig war. Also, so etwas passiert, ist inhärent, und es passiert ge-

rade deswegen, weil die Reaktorsysteme mit einem so hohen Grad an Sicherheit ausgestattet sind; das sind sie, damit eben nichts Gravierendes passiert. Schlimm wird es dann, wenn es aber passiert, und das können Sie in Tschernobyl sehen.

Cerstin **Gammel**: Herr Professor **Traube**, schönen Dank. Herr Professor **Kugeler** hat bei Ihren letzten Worten mehrmals genickt, deswegen möchte ich ihm das Wort mit der Bitte erteilen, sich kurz zu fassen.

Sv. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kurt **Kugeler**: In der Tat, ich glaube diese Beispiele, die Herr **Traube** genannt hat, kann man voll bestätigen. Deswegen ist unsere Auffassung von Reaktorsicherheit in Jülich seit 40 Jahren: Wir dürfen keine Reaktorsysteme herstellen, die schmelzen können, die große Mengen an Spaltprodukten freisetzen können; und das geht. Ich möchte trotzdem hier etwas zur Ehrenrettung der Russen ergänzen. Man hat dort in den letzten 20 Jahren sehr viel getan, um die Situation zu verbessern. Die Reaktivitätskoeffizienten sind besser geworden. Aber es bestehen in der Tat immer noch Mängel, und man täte gut daran, noch mehr zu tun. Der Sarkophag muss saniert werden. Die Beseitigung der Abfälle, die hier angemahnt wurde, ist ein Riesenproblem; es wäre ja technisch möglich, scheitert aber wohl am Geld. Für die deutschen Leichtwasserreaktoren, die ja hier gebaut worden sind, und Sie werden sich daran erinnern, dass dies unter der Regierungszeit einer Partei geschah, die heute aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen will, brauchen wir eine ausgeprägte Sicherheitskultur. Gerade dies ist in Russland nicht vorhanden gewesen, nämlich eine Unabhängigkeit von Genehmigern, Betreibern und Gutachtern; und das ist wirklich etwas, das auch für das Sicherheitsniveau wesentlich ist. Dies ist eine internationale Aufgabe; die Spaltprodukte sind ja nicht in Russland geblieben, sondern bis zu uns geweht, der Graphitbrand hat insofern für die Russen entlastend gewirkt, er hat eine Menge der Spaltprodukte zu uns transportiert. Ich glaube aber, und das ist auch eine Bitte an die Politiker, dass die Teilhabe an dem Fortschritt in der Welt unverzichtbar ist, denn die Sicherheit unserer Bürger hängt daran, dass alle Fortschritte, die in der Welt erreicht werden, auch hier implementiert werden. Man sollte also umfangreiche Vorkehrungen gegen Unfälle, gegen Unfallfolgen treffen; da ist viel mehr möglich als heute getan wird. Man sollte Interventionssysteme vorhalten, man sollte auch Evakuierungen üben und klare Grundsätze für Grenzwerte und so etwas haben. Für die Zukunft werden neue Konzepte untersucht, und daran wird in der Welt ja gearbeitet. Ich erinnere hier an das Bemühen um die Generation IV, wo alle Kernenergie betreibenden Länder der Welt vereinigt sind, nur Deutschland nicht. Übrigens: Das meist am besten Bewertete kommt aus Deutschland, und wir dürfen noch nicht einmal an

diesen Dingen teilnehmen. Ich glaube, dass es eine ganz wichtige Sache ist, in Zukunft Reaktoren zu haben, die nicht schmelzen können, die keine nuklearen Exkursionen bekommen können und die damit keine großen Freisetzen verursachen können; und dieses geht. Der Kompetenzerhalt und die Kompetenzmehrung, die hier möglich ist, sind absolut unverzichtbar für uns, um die Sicherheit unserer Bürger, auch der Bürger Westeuropas, zu garantieren. Danke schön.

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank. Und jetzt last but not least Herr **Hille** bitte.

Sv. Dr. Ralf **Hille**: Also, ich verstehe mich nicht als Kerntechniker sondern mehr als Strahlenschützer und Strahlenschutzforscher und möchte diesen Aspekt hier auch betonen, ein Aspekt, der meiner Ansicht nach bisher noch nicht herausgestellt wurde. Wir haben seit 1990 einige Projekte in diesen Gebieten durchgeführt, die von der Bundesregierung, von der EU finanziert wurden. Das größte Projekt wurde in den Jahren 1990 bis 1993 in Russland, Weißrussland und der Ukraine durchgeführt, und im Rahmen dieses Projektes haben wir über 300.000 Messungen an Personen durchgeführt. Das Ergebnis dieser Messungen hat gezeigt, dass etwa 1,8 Prozent, also rund 2 Prozent der Personen, die wir dort ausgemessen haben, eine Belastung oberhalb des internationalen Grenzwertes von 1 mSv pro Jahr für die Bevölkerung in der Umgebung kerntechnischer Einrichtungen aufwies; also 2 Prozent hatten Werte, die oberhalb dieses internationalen Grenzwertes liegen. Früher – zu der Zeit, als wir die Messungen durchgeführt haben – betrug der Grenzwert 5 mSv pro Jahr; heute ist er abgesenkt auf 1 mSv pro Jahr. Wir haben diese Projekte nicht allein durchgeführt, vielmehr waren 20 Institutionen – Universitäten, Großforschungseinrichtungen und staatliche Messstellen – daran beteiligt. Wir hatten teilweise 100 Leute und 7 Messwagen dort im Einsatz. Es handelt sich um die Ergebnisse, die wir 1991 bis 1993 bekommen haben. Heute sieht die Situation nicht wesentlich anders aus. Wir arbeiten mit Instituten zusammen, u. a. einem Institut in Weißrussland, und erzielen dort auch Ergebnisse. Wir haben gerade gemeinsam mit diesem Institut ein Projekt Schutzmaßnahmen an Kindern durchgeführt, dort wurden 152 Orte ausgemessen und 21.000 Kinder untersucht. Im Ergebnis haben wir dabei noch in 34 Orten mindestens 10 Kinder gefunden, die auch heute noch Belastungswerte aufweisen, die oberhalb des internationalen Grenzwertes von 1 mSv pro Jahr liegen. Das ist eine kleine und eine große Zahl. Sie ist zu groß als dass man sagen könnte, das ist ja nicht so erheblich; vielmehr ist es schon erheblich, dass wir 1.000 Kinder und – wenn man es hochrechnet – in allen Gebiet vielleicht 3.000 bis 6.000 Kinder haben, die immer noch, die heute noch oberhalb dieses Grenzwertes liegen. Es ist eine verhältnismäßig kleine Zahl im

Hinblick darauf, dass man meines Erachtens dort sehr wohl etwas tun könnte. Man könnte mit relativ geringem Aufwand eine Menge für diese Kinder erreichen, und das ist das Ziel unseres Projekts. Zu den Schlussfolgerungen, Konsequenzen aus unseren Erfahrungen: Wie ich bereits erwähnt habe, liegen die Individualdosen unterhalb des Grenzwertes, der damals gegolten hat, aber oberhalb des heutigen Grenzwertes. Auch die Durchschnittsdosen bewegen sich in den höchstbelasteten Dörfern oberhalb von 1 mSv pro Jahr. Wir finden noch Dörfer, in denen dieser Wert überschritten wird. Und die Summendosen über die 20 Jahre hinweg bewegen sich in den höchstbelasteten Dörfern in einer Größenordnung von 100 bis 150 mSv pro Jahr. Wenn Sie die Radonbelastung mit berücksichtigen, ist das ein Wert, den man in Schweden und in Finnland aufgrund der Radonbelastung heute ebenfalls noch erreichen kann. Also, es ist ein hoher Wert, aber er ist nicht so extrem hoch, dass er in der Natur bisher noch nicht vorgekommen wäre.

Das Fazit lautet: Wir sollten versuchen, Schutzmaßnahmen konsequenter als bisher durchzuführen. Das bisherige Konzept hat sich nicht bewährt. Wir lassen die Menschen dort allein. Die Menschen sind beunruhigt und haben das Gefühl, dass ihnen nicht geholfen wird. Das sind unsere Erfahrungen, wenn wir dort in diesen Gebieten Messeinsätze durchführen. Wir haben aber auch folgende Erfahrung gemacht: Wenn wir den Menschen Ratschläge geben, werden sie befolgt, und die Dosen können erheblich abgesenkt werden. Das heißt also, dass wir in diesen Gebieten endlich anfangen sollten, einen konsequenten und dauerhaften Strahlenschutz zu betreiben, orientiert an dem internationalen Grenzwert. Es ist möglich und durchführbar, das haben unsere Projekte gezeigt, alle Kinder, zumindest alle Kinder, wenn nicht die Erwachsenen, unter diesen Wert von 1 mSv zu bringen. Das ist das, worauf sie einen Anspruch haben. Und dann sollten wir den Kindern und den Menschen aber auch sagen, dass sie jetzt einigermaßen sicher leben und sich nicht zu beunruhigen brauchen. Das ist ein Appell nicht nur an die Regierung, sondern auch an unsere Hilfsorganisationen. Denn ich habe das Gefühl, dass man mit etwas mehr Koordination im Hinblick auf diese 20 Millionen Euro, die von den Hilfsorganisationen dort eingesetzt werden, erheblich mehr erreichen könnte. Wenn man sich z. B. auf Dörfer und Orte konzentrieren würde, und zwar dauerhaft, über zehn Jahre hinweg, vielleicht Partnerschaften übernehmen würde und dort dann wirklich eine gute dosimetrische Kontrolle, medizinische Kontrolle und Schutzmaßnahmen durchführen würde bis hin zu Dekorporationsstoffen, die man auch an die Kinder verabreichen kann, dann ist es heute möglich, alle Personen unter diesen Grenzwert zu bringen. Ich finde, 20 Jahre nach diesem Unfall haben die Menschen dort einen Anspruch darauf, dass sich ihre Situation endlich normalisiert. Und als Strahlenschützer bin ich der Überzeugung, dass

man mit einem sauberen Grenzwert, der auch eingehalten wird, den Menschen dort am ehesten helfen kann. Schönen Dank.

Cerstin Gammelin: Herzlichen Dank Herr **Hille**. Bevor ich jetzt die Diskussion freigebe, möchte ich noch eine ganz dringende Wortmeldung von Herrn **Faust** berücksichtigen, der ja in dem Gebiet lebt.

Wolfgang Faust: Grundsätzlich bin ich mit dem einverstanden, was Herr **Hille** sagt. Allerdings gibt es in Belarus als dem Land mit dem 70 %igen Fallout der Katastrophe ein Problem. Wir haben in Belarus – das wissen Sie aus den aktuellen Medienberichten – ein System, das es eben nicht möglich macht, dass humanitäre Hilfsinitiativen einfach so kommen und ihre Hilfe verwirklichen. Und von einem Netzwerk zu sprechen, halte ich angesichts der Zahl und der unterschiedlichen Struktur dieser Initiativen für gewagt. Sie können in Belarus, egal was Sie tun, ob es humanitäre Hilfe ist, ob es wirtschaftliche Zusammenarbeit, kulturelle Kooperation ist, ausschließlich etwas mit Billigung, Genehmigung des herrschenden Systems machen, Sie können es nicht gegen das System und schon gar nicht ohne das System machen. Von daher ist dieser Ansatz zwar sicherlich ein wünschenswerter Ansatz, aber ich fürchte, dass er in der Praxis unter den derzeit in Belarus gegebenen Bedingungen nicht wirklich umsetzbar ist.

Cerstin Gammelin: Vielen Dank. So, wir haben jetzt elf Statements gehört, und jetzt bitte ich um Ihre Fragen an unsere Podiumsteilnehmer.

Abg. Marie-Luise Dött (CDU/CSU): Eine Frage zum Verständnis direkt an Herrn **Dr. Hille**. Sie haben gesagt, dieser Grenzwert betrug vorher 5 mSv und ist dann auf 1 mSv gesenkt worden. Wieso wird ein Wert von 5 auf 1 gesenkt, nach welchen Kriterien richtet sich das? Ferner möchte ich gerne wissen, ob es Vergleichsstudien zu anderen Gebieten gibt, etwa – nur gegriffen – Untersuchungen in Brasilien, bei einer ähnlichen Anzahl von Menschen und ähnlichem methodischen Vorgehen. Ich will die Zahlen gar nicht anzweifeln, sondern nur verstehen, wie so etwas gemacht wird.

Sv. Dr. Ralf Hille: Also, die Reduzierung dieses Wertes hängt mit der Neubewertung der Folgen von Hiroshima und Nagasaki zusammen; dort ist es zu einer erheblichen Anhebung der Risikofaktoren gekommen, und deshalb hat man auch die Dosiswerte für beruflich strahlenexponierte Personen und für die Bevölkerung abgesenkt. Das ist grob gesprochen der Hauptgrund; es gab noch andere Gründe, aber dies war eigentlich der Hauptgrund. Die Bewertung erfolgt in der Weise, dass man zunächst dosimetrisch die Menschen vermisst, das kann man durch Bestimmung der externen Strahlenbelastung und der inkorporierten Strahlenbelas-

tung machen, und dann hat man die Risikofaktoren, die aus solchen Erfahrungen wie in Hiroshima und Nagasaki abgeleitet sind, und mit Hilfe dieser Risikofaktoren kann man aus der Strahlenbelastung auf das gesundheitliche Risiko schließen. Beantwortet das Ihre Frage oder habe ich Sie nicht richtig verstanden?

Abg. Marie-Luise Dött (CDU/CSU): Nicht ganz, denn wo sind denn dann die Vergleichsgruppen?

Sv. Dr. Ralf Hille: Die Vergleichsgruppen sind in erster Linie die Atombombenüberlebenden von Hiroshima und Nagasaki, sind medizinische Erfahrungen und sind Untersuchungen, die man z. B. in den Hochdosisgebieten in Indien, in Kerala, in Brasilien oder auch in anderen Regionen mit hoher Strahlenbelastung gemacht hat.

Cerstin Gammelin: Dann als nächster Herr **Pries** bitte.

Abg. Christoph Pries (SPD): Vielen Dank. Ich muss eingangs sagen: Es war sehr beeindruckend, was ich heute im Laufe des Vormittags hier gehört habe von ganz unterschiedlichen Positionen, Organisationen, und es obliegt jetzt uns als Politikern, daraus eine Meinungsbildung zu erarbeiten. Das ist nicht ganz einfach. Ich bin vor allem erschüttert über die unterschiedlichen Angaben gerade bei den Opferzahlen, und darauf wird auch meine erste Frage abzielen: Wie kommt es, dass gerade auch im wissenschaftlichen Bereich eine derartige Divergenz bei diesen Zahlen vorliegt? Sie können sich sicherlich vorstellen, dass dadurch die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft bei den Menschen nicht unbedingt gestärkt wird. Dann eine Nachfrage zum Auslöser der Katastrophe. Herr Professor **Traube**, Sie hatten hierzu schon Einiges gesagt. Ich will trotzdem noch einmal nachfragen, ob es neue Erkenntnisse darüber gibt, was überhaupt der Grund für ein derartiges Experiment war, das letztendlich diese unkontrollierte Kettenreaktion in Gang gesetzt hat. Dann eine weitere Frage: Wie steht es um die Beschaffenheit und Sicherheit des Sarkophags? Auch dazu ist schon etwas gesagt worden, aber ich will trotzdem noch einmal darüber informiert werden, was unternommen werden muss, um den Austritt von Radioaktivität endgültig zu vermeiden, vor allem auch, welche Anstrengungen die Bundesregierung unternehmen muss, wir als Deutschland unternehmen müssen, damit dort eine nach menschlichem Ermessen größtmögliche Sicherheit herrscht. Und eine abschließende Frage: Die volkswirtschaftlichen Folgen des Reaktorunfalls sind schon kurz angerissen worden, ich möchte noch nachfragen: Gibt es Zahlen darüber, wie hoch die ökonomischen Auswirkungen von Tschernobyl auf die Ukraine, auf Belarusland und auch auf uns hier in Deutschland sind, gibt es da gesicherte Zahlen, mit denen man arbeiten kann? Danke.

Cerstin **Gammelin**: Können Sie kurz sagen, an wen Sie diese Fragen richten.

Abg. Christoph **Pries** (SPD): Ja, das ist jetzt eine gute Frage. Ich stelle sie hier einfach in den Raum und derjenige, der meint, er könnte eine fundierte und erschöpfende Antwort geben, kann dann antworten. Gerne auch, wenn es dann unterschiedliche Meinungen gibt.

Cerstin **Gammelin**: Die rechte Seite hat sich gerade gemeldet. Zuerst Herr **Faust**, dann Frau **Claußen** und Herr **Müller**.

Wolfgang **Faust**: Ganz kurz zu den Gesamtfolgen in Bezug auf Belarus. Es gibt eine Zahl, wie diese zustande gekommen ist, kann ich Ihnen nicht sagen, aber die Zahl lautet: 235 Milliarden US-Dollar; das sind die Gesamtfolgen von Tschernobyl für Weißrussland. Ich glaube, es ist bei vernünftiger und solider Betrachtungsweise kaum möglich, dort eine gesicherte und auf den Cent genaue Zahl zu ermitteln, aber es ist eine Summe, die – das ist ganz klar – ein Land wie Belarus mit einem Bruttoinlandsprodukt von ungefähr 22 Milliarden Dollar im Jahr nicht leisten kann, auch über lange Zeit hinweg nicht.

Zum Sarkophag: Es gibt den European Shelter Fund; Deutschland ist hieran beteiligt. Das Projekt ist veranschlagt auf ungefähr 1 Milliarde Dollar. Es soll eine bogenförmige Konstruktion über dem bisherigen Bauwerk werden. Konstruktionsarbeiten für das Betonwerk, was diese Elemente herstellen soll, sind im Gange, sie kann man auch besichtigen. Die Delegationsteilnehmer, die nächste Woche vor Ort sein werden, werden das sehen. Das Projekt ist auf drei bis vier Jahre Bauzeit veranschlagt. Wie gesagt, es ist eine Sache, die erst im Entstehen ist.

Dietmar Gerhard **Stüdemann**: Man muss im Hinblick auf diesen neuen Sarkophag, der noch nicht steht, zunächst einmal berücksichtigen, dass der alte Sarkophag stabilisiert werden muss. Die Stabilisierungsarbeiten an dem alten Sarkophag sind sehr weit vorangeschritten. Mit anderen Worten: Es geschieht etwas, dass der alte Sarkophag stabilisiert wird, so dass dort nicht infolge von Korrosion, Erosion, durch natürliche Ereignisse sozusagen, ständig Strahlung austritt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass das neue Containment, der neue Sarkophag, der das Ganze sozusagen in sich einschließt, gebaut werden kann. Das Problem bei dem Neubau ist, dass er ausgeschrieben werden muss. Er ist auch ausgeschrieben worden. Es hat zwei Bewerber gegeben, die sich jetzt, auf Deutsch gesagt, in den Haaren liegen. Die ukrainische Seite wird sich wohl nicht, was wir erwartet haben, bis zum Jahrestag entschieden haben, wem sie den Zuschlag erteilen wird, dem Preiswerteren oder dem Teureren. Wenn es wirklich nur nach Preisen

ginge, müsste die Sache entschieden sein. Dahinter verbergen sich jedoch auch politische Interessen, und es liegt auch, das muss ich einmal sagen, nicht nur an der Ukraine, sondern auch an uns, sprich den G7- bzw. den G8-Staaten, dort unseren Einfluss geltend zu machen. Die Finanzierung des Sarkophages erfolgt über die EBRD, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung; d. h. es sind unsere Gelder, es sind unsere Interessen, die dort gebündelt sind, und wir sollten zusehen, dass dieses unwürdige Spiel, was sich da im Hintergrund abzeichnet, möglichst schnell beendet wird, so dass man mit dem Bau des neuen Sarkophags beginnen kann.

Parallel dazu – und alle diese Dinge sind miteinander verbunden, ich habe darauf hingewiesen – gibt es auch Probleme damit, dass man aus diesem Sarkophag, aus dem stillgelegten, aber immer noch arbeitenden Block die Schadstoffe herausholen und gesichert lagern muss. Und das ist bisher nicht organisiert. Es gibt jedoch – soweit ich das überblicke – jetzt eine Chance; es scheint eine deutsche Firma zu sein, die nicht wir, sondern die Ukrainer ins Spiel gebracht haben und die bei einem ganz elementaren Teil dieses offenen Problems, nämlich der Trocknung der feuchten Brennstäbe, eine Lösung anbieten kann. Also, auch da gibt es Bewegung. Wichtig wäre es, über die Politik sicherzustellen, dass sich diese Bewegung nicht in einem Zickzackweg vollzieht, sondern dass dort ein geballter Druck erzeugt wird, damit die Dinge schnell entschieden werden.

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: Ich würde gerne zu den unterschiedlichen wissenschaftlichen Bewertungen Stellung nehmen. Es gibt objektive Schwierigkeiten bei der wirklichen Bewertung und bei dem Herausfinden von Zahlen. Der Unfall ist zu Zeiten der Sowjetunion geschehen, und es gab über drei Jahre lang eine Geheimhaltung, eine absolute Geheimhaltung was die Strahlenbelastung der Opfer – sowohl bei den Liquidatoren als auch bei der betroffenen Bevölkerung – betraf. Es gab regelrechte Anweisungen, das Erreichen bestimmter Dosen, bestimmter Millisievert-Werte nicht in den Akten festzuhalten bzw. nur geheim weiterzugeben. Es gab also ein großes Maß an Geheimhaltung. Eine ukrainische Journalistin, Alla Jaroshinskaja, hat das in einem Buch sehr genau dargestellt. Alla Jaroshinskaja wird jetzt am Wochenende auch zum IPPNW-Kongress in Bonn kommen und dort sprechen. Ihr Buch hat sie schon 1994 vorgelegt. Es gab wirklich drei Jahre lang eine absolute Geheimhaltung. Und dann hat die Sowjetunion an die IAEO berichtet, aber eben nur eingeschränkt berichtet. Man weiß nicht genau, wie viel Wahrheit und wie viel Nichtwahrheit, Lüge in den Berichten steckt, das weiß man nicht. Einer der obersten Verantwortlichen, Herr Legasow, hat sich das Leben genommen; das sagt ja vielleicht auch schon Einiges aus, aber ich kann das nicht genau bewerten. Zu er-

wähnen ist auch die nicht rühmliche Rolle, die dann das Tschernobyl-Komitee und das nachfolgende Tschernobyl-Forum der IAEO übernommen haben. Das Tschernobyl-Komitee, das im Nachhinein eingerichtet wurde, hat bei der ersten Konferenz, 1991, geleugnet, dass es Schilddrüsenkrebs, Krebserkrankungen bei Kindern gibt, als schon klar war, dass es das gibt. Verantwortlich dafür, dass das geleugnet wurde, war ein Amerikaner, ein Strahlenschützer, Herr Professor Mettler. Also, es ist eine Gemengelage. Und dann kommen auch viele ökologische Faktoren hinzu, viele veränderte Faktoren aus der Demographie. Es sind viele neue Faktoren, die wir entdecken, es ist wirklich schwierig. Ich glaube, man wird damit leben müssen, dass es keine akkurate Zahl von Toten und von Kranken gibt. Man kann jedoch die Dimension angeben, man kann sagen, dass die Zahl von 4.000 Toten nicht stimmen kann. Ich kann meine Hand nicht dafür ins Feuer legen, dass die Zahlen in unserer Studie die absolut richtigen Zahlen sind. Das sagen wir auch nicht, das können wir einfach nicht sagen. Aber wir können eine andere Dimension angeben, und deshalb haben wir diese Studie erstellt.

Cerstin Gammelin: Abschließend noch Herr Professor **Müller**.

Sv. Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich **Müller**: Zur Frage, warum es solche Diskrepanzen gibt. Frau **Claußen** hat natürlich völlig Recht, dass die Datenlage schwierig ist. Auf der anderen Seite: Wissenschaft würde so ablaufen, dass ich mit Frau **Claußen** intensiv diskutieren würde, ihre Statements in Frage stellen würde, sie meine in Frage stellen würde und wir dann irgendwie zu einem Konsens gelangen würden. Jetzt zu den Zahlen, zum Beispiel die Zahlenangabe 50.000 bis 100.000, die Frau **Claußen** für die Liquidatoren vorgestellt hat: Die ist wissenschaftlich nicht belegbar. Ihr Argument war ja, dass Herr Lenkfelder sie genannt habe. Von Herrn Lenkfelder weiß ich, woher er diese Zahlenangabe hat – er hat sie von den nationalen Regierungsorganisationen, und diese Zahlen sind natürlich mit enormer Vorsicht zu betrachten, weil hinter ihnen wiederum sehr viele politische Motive stecken. Da stecken finanzielle Aspekte dahinter. Wenn die Zahlen hoch sind, erwarten die Regierungen natürlich, dass sie entsprechende Hilfeleistungen bekommen; d. h., das ist in meinen Augen keine wissenschaftliche Zahlenangabe. Zur Ehrenrettung des Tschernobyl-Forums sei jedoch Folgendes angemerkt: Ich war damals bei der Vorstellung der Daten dabei und habe schon damals gesagt, dass es ganz fatal ist, diese 5.000 Todesfälle nicht in das offizielle Statement einzubeziehen. Denn jeder kann nachschauen und feststellen, dass diese Zahl genannt worden ist. Das Argument, weswegen man diese 5.000 Todesfälle nicht mit einbezogen hat, ist allerdings vernünftig gewesen: Man hat argumentiert, diese 7 mSv sind so weit von der Dosis entfernt, zu der

man noch etwas sagen kann – also 100 mSv, wie ich vorhin gesagt habe, bis dahin kann man Tumortodesfälle nachweisen –, dass eine Einbeziehung auf Kaffeesatzleserei hinausläuft; deswegen nehmen wir diese Zahl nicht. Bei den 4.000 Todesfällen, die bei den Liquidatoren und höher kontaminierten festgestellt wurden, lag die Strahlendosis im Mittel bei etwa 50 mSv und damit war die Dosis nicht so weit entfernt von dem Wert, den wir noch belegen können. Man hat argumentiert: Dies ist eine relativ verlässliche Zahlenangabe, die geben wir offiziell an; die andere Zahl schreiben wir zwar in den Bericht hinein, mit allen Vorsichtsäußerungen, die dazugehören, weil das eben so weit entfernt ist von allem, was wir belegen können, aber wir nennen sie dann nicht offiziell im Statement. Ich habe das damals schon für einen Fehler gehalten, muss ich ganz offen sagen. Denn mir war klar, dass diese Zahl irgendwann einmal bekannt wird und es dann heißen wird, die IAEA beschwichtige. Wenn man die Hintergründe kennt, versteht man das Vorgehen vielleicht einigermaßen, dennoch halte ich es nach wie vor für einen Fehler.

Cerstin Gammelin: Herzlichen Dank. Wir haben jetzt noch acht Wortmeldungen und die würde ich gern zu zwei Gruppen zusammenfassen, und zwar zunächst Frau **Kotting-Uhl**, Frau **Bulling-Schröter**, Herr **Petzold** und Frau **Brunkhorst**. Sie haben eine Nachfrage, Herr **Pries**?

Abg. Christoph **Pries** (SPD): Die Frage nach der unkontrollierten Kettenreaktion ist noch nicht beantwortet worden.

Cerstin Gammelin: Gut, das würde ich an Herrn Professor **Traube** geben.

Sv. Prof. Dr. Klaus **Traube**: Das Problem, um das es hier geht, ist ein generelles Problem von Kernreaktoren. Kernkraftwerke hängen an einem Hochspannungsnetz, in das sie einspeisen, wenn sie Betrieb machen, aus dem sie aber auch Strom beziehen, wenn sie keinen Betrieb machen; und sie brauchen diesen Strom, denn auch, wenn der Reaktor abgeschaltet ist, gibt es eine hohe Nachwärme-Erzeugung, die durch eine kontinuierliche Kühlung abgeführt werden muss. Nun kommt Folgendes: Es gibt in jedem Kernkraftwerk Notstromgeneratoren, die dann in Betrieb gehen, wenn das äußere Hochspannungsnetz ausfällt; das gibt es ja, wie wir wissen. Diese brauchen nur eine gewisse Zeit, sie laufen nicht in der Sekunde Null an. Im vorliegenden Fall war es die Größenordnung von einer Minute, bis die Notstromgeneratoren nach Abschalten des äußeren Systems Strom erzeugten. In dem Versuch, der hier durchgeführt wurde, sollte nun überprüft werden, ob in dieser Zeit des Auslaufens des Turbosatzes und damit noch einer gewissen Stromerzeugung die Stromerzeugung ausreicht, um die Stromversorgung bis zu dem Zeitpunkt des An-

laufens der Notstromgeneratoren zu überbrücken. Das war eben nicht so – das hing auch mit der Vorbereitung zusammen und die ist ein wenig komplizierter, als ich es hier ausführen kann. Die Folge war, dass schon in dieser Übergangszeit Störungen in der Kühlversorgung auftraten und damit das Ganze ausgelöst wurde.

Cerstin **Gammelin**: Ist Ihre Frage beantwortet? Ja, okay. Dann bitte Frau **Kotting-Uhl**.

Abg. Sylvia **Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke schön. Mein erster Eindruck war selbstverständlich auch, dass die Differenzen hier auf diesem Podium genau so groß wie unter uns Abgeordneten sind, aber das macht die Sache ja auch spannend. Vor allem fiel mir diese Differenz in den Zahlen auf, und dazu will ich eine politische Einschätzung geben, weil ich glaube, dass die Einschätzung der Dimension nichts damit zu tun hat, ob da eine Null, also eine Stelle mehr oder weniger dranhängt. Es ist eine Tatsache, dass die Katastrophe passiert ist und dass sie unter menschlicher Verantwortung passiert ist, und ihre Dimension ist phänomenal groß, auch hinsichtlich der Verantwortung, die sich in der Nachfolge ergibt. Deswegen interessiert mich jetzt der Streit über Zahlen, muss ich gestehen, nur nachrangig. Ich finde es spannend, aber er ist für mich nachrangig gegenüber der Dimension der Reaktorkatastrophe, die wir auch aus der Entfernung mitbekommen und die heute immer noch ihre Wirkung entfaltet. In diesem Zusammenhang gefällt mir die Aussage von Herrn **Faust** besonders gut, der sagte, Statistiken reduzieren Einzelschicksale auf Zahlen und das sei nicht zulässig, weil es vor allem die gesellschaftliche Dimension nicht erfasse. Und das ist, glaube ich, das Entscheidende – dass eine ganze Gesellschaft in ihrem Denken, in ihrem Zutrauen auf ihre eigenen Fähigkeiten, in ihrem Zutrauen auf die Zukunft so fundamental verändert wird, weil man sich im Vorfeld im Zutrauen auf eine Technologie vertan hat. Das ist, finde ich, eigentlich die entscheidende Lehre hieraus. Und ich vertraue hier auf Ihre Einschätzung, Herr **Faust**, weil Sie ja vor Ort leben. Ich glaube, Ihre Aussage „Einmal gesehen ist mehr als zehn Mal gelesen“ ist völlig richtig.

Jetzt habe ich aber doch noch eine Frage an Herrn **Müller**, der uns ja auch zur Einschätzung von Krankheiten, zu dem was in dieser Hinsicht zu erwarten ist bzw. zu dem, was sich hier bisher herausgestellt hat, sehr viele Fakten vorgetragen hat. Sie haben dabei viel von Tumoren geredet. Was ich vermisst habe und was sich ja auch in Ihrem Bericht wieder findet ist, dass es z. B. bei Kindern zu Immunschädigungen, zu Missbildungen gekommen ist und dass vor allem die Kinder, die bereits während der Schwangerschaft durch Strahlung geschädigt wurden, eine hohe Mortalität aufweisen; das kam in Ihrem Statement vorhin nicht zum Ausdruck. Unendlich viele Kinder sind wohl auch des-

halb gestorben, weil sie während der Schwangerschaft, in utero, einer erhöhten Strahlenexposition ausgesetzt waren, d. h., hier wurde eine hohe Mortalität beobachtet; anders kann ich Ihren Bericht nicht verstehen, aber Sie können das ja nachher aufschlüsseln. Jedenfalls fehlt mir das in dem Bericht. Darüber hinaus haben Sie meines Erachtens relativiert, indem Sie zwischen direkten Folgen von Strahlung und anderen Todesfällen unterscheiden; zu diesen anderen Todesfällen haben Sie z. B. die Selbstmorde gezählt. Ich finde nicht, dass man das abspalten kann. Man kann natürlich sagen, wir reden nur von der Strahlung. Aber wir reden hier ja von dem GAU. Und die Folgen des GAU's beschränken sich nicht auf die direkten Strahlungsoffer, sondern auch die Selbstmorde, die darauf zurückzuführen sind, dass man den ganzen anschließenden Zustand, ob nur in persönlicher oder auch in gesellschaftlicher Hinsicht, nicht mehr erträgt, sind in meinen Augen direkte Folgen des GAU's. Wir Politiker müssen dann Konsequenzen ziehen, das haben wir ja auch schon getan. Wir haben natürlich unterschiedliche Auffassungen, ziehen unterschiedliche Konsequenzen. Die Frage ist, ob wir uns dazu entscheiden zu sagen, wir müssen unsere Sicherheit exportieren, oder ob wir uns dazu entscheiden zu sagen, wir verzichten trotz relativ hoher Sicherheitsstandards auf diese Technologie.

Cerstin **Gammelin**: Also, wir sammeln jetzt die Fragen, aber wenn ich das zusammenfasse, war das eine Frage zur Kindersterblichkeit an Herrn Professor **Müller**. Dann als nächstes bitte Frau **Bulling-Schröter**.

Abg. Eva **Bulling-Schröter** (DIE LINKE.): Ja, ich gehöre ja zu den vier Abgeordneten, die am Sonntag nach Kiew fliegen werden; wir werden uns das anschauen und, wie ich denke, viele neue Eindrücke gewinnen. Die heutige Diskussion ist meiner Meinung nach eine sehr gute Vorbereitung auf diese Delegationsreise. Was ich schon jetzt mitnehme, ist die Frage, wie sich Hilfsorganisationen mehr vernetzen können. Ich denke, das ist eines der Dinge, die dringend notwendig sind und wo wir uns nach unserer Rückkehr einbringen können. Ich bedauere sehr, dass die größte Fraktion leider nicht mitfährt; es wäre gut, wenn alle Fraktionen mitfahren würden. Herr **Stüdemann** hat von deutschen Interessen im Hinblick auf den Bau des Sarkophags gesprochen; ich hoffe, die werden wirtschaftlich geklärt und nicht anders. In diesem Zusammenhang meine Frage an Herrn **Faust**: In Weißrussland wird ja ein AKW geplant. Gibt es denn auch hier deutsche Interessen? Ich kann mich noch gut an die Debatte im Bundestag zum Kraftwerksprojekt K2R4 erinnern, wo Siemens sehr große Interessen gehabt hat. Mich würde das schon interessieren, weil man ja in Bezug auf Weißrussland von Demokratiedefiziten spricht, die Wirtschaft jedoch so etwas meistens nicht interessiert.

Darüber hinaus habe ich noch eine Frage an Frau **Claußen**. Ich habe die Kurzfassung der IAEA-Studie gelesen und mir ist zweimal aufgefallen, dass hierin davon gesprochen wird, ein Teil der Krankheitsfolgen bestehe darin, dass die Leute zu viel rauchen und zu viel Alkohol trinken. Ich war peinlich berührt, als ich das gelesen habe, weil ich mir gedacht habe: Was sagen die Menschen, die dort wohnen, eigentlich dazu, wenn sie so etwas lesen müssen. Es wurde dann von psychischen Erkrankungen aufgrund der Umsiedlungen gesprochen. Für mich hat dieser Eindruck einen großen Teil meines Eindrucks von der Kurzfassung ausgemacht. Ich finde es sehr diskriminierend, was dort über die Bevölkerung geschrieben steht. Mich würde interessieren, wie Sie das sehen.

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank, jetzt bitte Frau **Dött**.

Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Professor **Kugeler**. Wir haben ja im Westen andere Reaktoren als Reaktoren vom Tschernobyltyp. Der Tschernobylreaktor arbeitet ja auf Graphitbasis, im Westen verwenden wir dagegen zur Zeit Leichtwasserreaktoren. Können Sie bestätigen, dass bei einem Leichtwasserreaktor anders als bei einem Reaktor vom Typ Tschernobyl in dem Moment, wo eine Wasserstörung eintritt, keine Kettenreaktion mehr erfolgen kann, und dass eine Kettenreaktion, wie sie in Tschernobyl nach dem Störfall eingetreten ist, ausgeschlossen ist? Hieran anschließen möchte ich die Frage, wie denn ein Reaktor neuen Typs, von dem Sie gesprochen haben, aussehen könnte. Ich gehe davon aus, dass es sich hierbei um den Kugelbetreaktor handelt, der im nächsten Jahr – wenn die Planung steht – in Südafrika gebaut wird; eine kleinteilige Geschichte, voll versicherbar. Könnten Sie sich vorstellen, dass man einen solchen Typ auch in den osteuropäischen Staaten einsetzen kann? Ich habe in dieser ganzen Diskussion noch nicht gehört, wie denn in den osteuropäischen Staaten die Problematik der Energieerzeugung ohne Kernkraft unter der Prämisse gelöst werden soll, möglichst wenig CO₂-Ausstoß zu haben. Welche Typen könnten Sie vielleicht empfehlen, soweit dies überhaupt möglich ist?

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank. Und jetzt bitte noch Frau **Brunkhorst**.

Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP): Danke sehr. In Anbetracht der Erfahrungen, die die Wissenschaftler, die Forscher im Anschluss an das Unglück in Tschernobyl gemacht haben, habe ich zwei Fragen an Herrn **Müller** und Herrn **Hille**: Gibt es so etwas wie eine Forschungs- und Wissenschaftsnetzwerkung, auch in die Ukraine und nach Weißrussland, wie offen, wie intensiv ist der Austausch, wie ist die Lage, wie viele Experten gibt es da, gibt es genug

Experten? Und in Anbetracht der Tatsache, dass wir in vielen Ländern der Welt Planungen für neue Kernkraftwerke haben: Gibt es so etwas wie eine vernünftige, nachhaltige Sicherheitstechnik?

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank. Dann beginnen wir jetzt mit den Antworten auf die Fragen, und zwar zuerst mit Herrn **Müller** zur Frage der Kindersterblichkeit.

Sv. Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich **Müller**: „Ich denke, die erste Frage bezog sich ja mehr auf die Nullen hintendran, die Sie für nicht so wichtig halten (Zwischenruf Abg. Sylvia **Kotting-Uhl**: „Nein, zu den Nullen wollte ich eigentlich keine Auskunft.“). Aber die Nullen sind entscheidend wichtig. Wenn unsere Strahlenrisikoeinschätzung plötzlich um Größenordnungen falsch wäre, dann müssten wir in der Medizin völlig umdenken, dann dürften wir bestimmte Behandlungen in der Medizin überhaupt nicht mehr durchführen. Deswegen sind die Dimensionen entscheidend wichtig. (Zwischenruf Abg. Sylvia **Kotting-Uhl**: „Ich habe von der politischen Einschätzung geredet.“) Okay, nur dass wir uns da nicht missverstehen.

Jetzt zur Mortalität. Es gibt in der Tat einen Anstieg der Mortalität bei den Kindern, aber sowohl in den nicht kontaminierten als auch in den kontaminierten Gebieten. Das war ja das, was ich vorhin ansprach mit dem desolaten Gesundheitssystem; das ist ein Riesenproblem. Wir sehen dort in der Tat Anstiege, gerade in Weißrussland – dort gibt es ein sehr gutes Register, das auch vor Tschernobyl existierte. Wir sehen, dass es in beiden betroffenen Gebieten einen Anstieg gibt. Mich würde jetzt interessieren, auf welche Stelle der Studie Sie sich bezogen haben, als Sie sagten, wir hätten geschrieben, dass die Mortalität gerade in kontaminierten Gebieten enorm angestiegen sei. Können Sie mir die Seite nennen? (Zwischenruf Abg. Sylvia **Kotting-Uhl**: „Seite 110.“) Seite 110? (Zwischenruf Abg. Sylvia **Kotting-Uhl**: „Ja.“) Es sollte mich wundern, wenn das nicht aus dem Zusammenhang gerissen ist, wahrscheinlich irgendwo unten (Zwischenruf Abg. Sylvia **Kotting-Uhl**: „Punkt 3, einer der letzten Sätze.“) Punkt 3 betrifft die Veränderung des Immunsystems, das kann nicht sein. Moment, das ist eine ganz andere Situation, das bezieht sich auf den Techa-River, das hat mit Tschernobyl überhaupt nichts zu tun. Der Techa-River wurde durch die Einleitung radioaktiver Abfälle aus der Kernwaffenproduktion in sowjetischer Zeit massiv kontaminiert, das müssen Sie von Tschernobyl völlig trennen, dort sind die Strahlendosen erheblich höher, dort finden wir in der Tat so etwas. Dass hier kein Missverständnis entsteht: In der Umgebung Tschernobyls sehen wir gerade keinen Anstieg der Mortalität, jedenfalls keinen auf die Strahlung bezogenen Anstieg. Wir sehen einen Anstieg der Mortalität, aber unabhängig von der Strahlung.

Cerstin **Gammelin**: Ist die Frage damit beantwortet?

Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP): Ich hatte noch danach gefragt, ob die Immunschwächen und Missbildungen beachtet werden.

Sv. Prof. Dr. Wolfgang-Ulrich **Müller**: Ja, Immunschwächen werden beachtet. Auch da haben wir wieder das große Problem einer sehr konfuse Datenlage, und da muss man eben wissenschaftlich einwandfreie Methoden anwenden. Man muss – jetzt muss ich leider einige Fachbegriffe anwenden – Fallkontrollstudien durchführen, man muss Kohortenstudien durchführen, sollte möglichst keine ökologischen Studien machen; nur um zu zeigen, dass wir uns da sehr bewusst sind, wie wir vorgehen müssen. Dass das in der Tat manchmal sehr schwierig ist, wie Frau **Claußen** völlig zu Recht gesagt hat, ist auch unbestritten; dort wo solche Studien durchgeführt wurden, die epidemiologisch einwandfrei sind, dort sehen wir eben keine von vielen erwarteten Anstiege bei der Immunschwäche. Dass Immunschwächen auftreten, ist unbestritten, aber die zentrale Frage ist immer: Ist es die Strahlung oder ist es nicht die Strahlung? Und dafür, dass es die Strahlung ist, haben wir bisher keine Hinweise. Fehlbildungen: Bei den Neugeborenen sieht es ganz ähnlich aus wie bei der Mortalität. Auch dort ist es so, dass wir Anstiege sehen – sowohl in den kontaminierten als auch in den nicht kontaminierten Gebieten. Das ist wiederum eine Frage des Gesundheitssystems.

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: Entschuldigung, hier möchte ich einen Einwand erheben. Das ist immerhin eine deutsche Studie. Bayern ist ja in Folge von Tschernobyl innerhalb Deutschlands am meisten von Strahlung betroffen worden, dort sind immerhin 1.000 bis 3.000 zusätzliche Fehlbildungen registriert worden; das ist ja nicht ganz wenig. Zu den Fehlbildungen gibt es ja mehrere Studien, auch in Europa. Diese Studien sind in der IAEO-Studie nicht berücksichtigt worden. So richtig es ist, dass Sie auf die epidemiologischen Studien verweisen – aber in Weißrussland hat ja eine große Migration, eine Binnenmigration stattgefunden; d. h., dass Leute, die ursprünglich bestrahlt worden sind, z. B. in die angeblich nicht bestrahlte Region Vitebsk umgezogen sind. Wenn jedoch viele Menschen, die ursprünglich bestrahlt worden sind, dann dort wohnen, kann man nicht mehr richtig ermitteln, wie viele Menschen bestrahlt worden sind. Ich habe nicht den Überblick wie Sie. Bei wie vielen Menschen wurden denn diese Strahlungsmessungen durchgeführt, wurde nach äußerer und innerer Strahlung differenziert, wurden entsprechende Strahlungsparameter erhoben, wurden die Krankheitsbilder gleich großer Gruppen von Kindern aus verschiedenen Regionen miteinander verglichen? Ich habe diesen Überblick nicht, aber vielleicht

können Sie mir solche Studien nennen, dann würden wir diese gerne mitverarbeiten.

Cerstin **Gammelin**: Ich würde vorschlagen, dass wir das dann aber außerhalb dieser Diskussion machen. Ich würde jetzt zur nächsten Frage übergehen, und zwar an Herrn **Faust**: Deutsche Interessen bei der AKW-Planung in Weißrussland?

Wolfgang **Faust**: Gestatten Sie mir zunächst eine Ergänzung zu Ihrer Bemerkung bezüglich der gesellschaftlichen Dimension der Katastrophe. Vielleicht darf ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen Punkt richten, den ich in meinem ursprünglichen Statement ausgelassen habe. Neben den gesundheitlichen, wirtschaftlichen, finanziellen, sonstigen Folgen haben wir es dort auch mit der Vernichtung eines soziokulturellen Erbes einer ganzen Region zu tun. Da sind nicht nur Menschen ausgesiedelt worden, dort sind teilweise Jahrhunderte alte Traditionen zum Erliegen gekommen, schlicht deshalb, weil keine Menschen mehr da sind. Das ist ein Aspekt, der häufig ein wenig in den Hintergrund gerät, aber die Region, in der sich das Kraftwerk befindet und die dann anschließend auch ausgesiedelt worden ist, ist eine an sozialen, kulturellen, handwerklichen, volkskünstlerischen Traditionen sehr reiche Region. Das ist dort komplett ausgestorben. Aber das nur am Rande.

Zur Frage von Frau **Bulling-Schröter**. Das Projekt eines Kernkraftwerkes in Weißrussland geistert schon seit Anfang der 90iger Jahre durch die Medien, immer mal wieder. Aufgrund der Tschernobylkatastrophe war das natürlich zur damaligen Zeit in der Gesellschaft in keiner Weise durchsetzbar; die Diskussion hierüber ist weitgehend in Fachkreisen geführt worden. Aktuell gibt es in der Tat wieder eine Diskussion über die Errichtung eines weißrussischen Kernkraftwerkes, was mit folgendem Hintergrund zusammenhängt: Belarus ist bekanntlich das einzige Land der postsowjetischen Staaten, das nach wie vor von Russland Erdgas zu einem Sonderpreis erhält, und zwar zu einem in der Tat sehr attraktiven Sonderpreis. Im Vergleich dazu: Litauen zahlt für das gleiche Gas den dreifachen Preis. Die daraus entstehende fast totale Energieabhängigkeit Weißrusslands von Russland ist der weißrussischen Führung natürlich zumindest insoweit ein Dorn im Auge, obwohl damit gutes Geld verdient wird, als dass man sich fürchtet, ein ähnliches Szenario wie Anfang des Jahres in der Ukraine zu erleben. Deswegen ist die Diskussion um die Errichtung einer eigenen Energiequelle wieder aufgeflammt. Es gibt Projekte dazu, es gibt auch Know-how dazu. Ich habe letztes in einer weißrussischen Zeitung gelesen, dass belarussische Ingenieure nach wie vor ingenieurtechnisches Know-how an das iranische Kernkraftwerk in Buscher vermitteln und dort tätig sind. Das Know-how ist also nicht völlig weggebrochen, sondern es besteht nach wie vor. Die Kontakte nach Russland sind da. Die Ar-

gumente für und wider die Errichtung eines eigenen weißrussischen Kernkraftwerkes sind so vielschichtig wie die Argumente hier in unserer Diskussion. Es wird dabei häufig vergessen, und ernstzunehmende Fachleute weisen immer wieder darauf hin, dass selbst wenn Weißrussland ein eigenes Kernkraftwerk hätte, es den Brennstoff aus Russland beziehen müsste, d. h., es wäre letztlich dasselbe in Grün. Deswegen gibt es Überlegungen, und da ist sicherlich viel Realistisches dran, dass man in bestehenden russischen Atomkraftwerken einen quasi belarussischen Block installiert. Inwieweit das in der Zukunft realistisch ist, kann ich nicht einschätzen. Das belarussische Projekt selbst ist auf eine Größenordnung von drei bis vier Milliarden Dollar veranschlagt, und es ist im Moment wohl im Stadium einer Machbarkeitsstudie. Also, wir reden hier nicht über konkrete Projekte, schon gar nicht über konkrete Bauabsichten. Das ist eine Angelegenheit, die von der Machbarkeitsstudie her, soweit ich weiß, auf das Jahr 2008 fixiert ist. Baubeginn wäre nach dem, was mir bekannt ist, nicht vor 2012, d. h., das sind noch Zeiträume, die ein wenig ferner in der Zukunft liegen.

Cerstin Gammelin: Vielen Dank, und jetzt noch kurz bitte Frau **Claußen** zu der Frage, warum Alkohol eine so hohe Priorität in Ihren Berichten hat.

Sv. Dr. Angelika Claußen: „In unseren Berichten hat es ja keine hohe Priorität, sondern das hat eine hohe Priorität in den Berichten der IAEO.“

Sv. Melissa Fleming: Vielleicht hat es so ausgesehen in der Pressemitteilung. Aber wenn Sie den ganzen Bericht lesen, werden Sie sehen, dass das nicht so hervorgehoben wird. Das ist ein Faktor, ein gesellschaftlicher Faktor.

Ich möchte auch klarstellen, dass der Bericht – im Gegensatz zu dem, was Frau Claußen ständig sagt – kein IAEO-Bericht ist. Das Tschernobyl-Forum ist eine Initiative der IAEO. Die IAEO war verantwortlich für den Berichtsteil über die Umweltkonsequenzen. Die volle Verantwortung für den 300 Seiten langen Bericht über die gesundheitlichen Auswirkungen hat die Weltgesundheitsorganisation. Damit will ich letztlich zum Ausdruck bringen, dass alle acht Organisationen dem Bericht zugestimmt haben, ferner die drei Regierungen – die Regierung der Ukraine, von Belarus und von Russland. Ob es Kritik geben wird, ob es zukünftig vielleicht Revisionen geben wird – das ist offen. Der Bericht sollte eine neue Grundlage schaffen und vor allem eine Möglichkeit eröffnen, dass die Menschen vor Ort eine neue Basis haben.

Cerstin Gammelin: Vielen Dank. Die nächste Frage war von Frau **Dött** an Herrn Professor **Kugeler** gerichtet: Reaktionskette Siedewasserreaktoren.

Sv. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kurt Kugeler: Es gibt zwei Sünden in der Reaktorsicherheit: Die eine ist, Reaktoren zu bauen, die durch nukleare Exkursionen zerstört werden können; Tschernobyl ist aufgrund dieser unglücklichen Kombination von Wasserkühlung und Graphitmoderator das Beispiel. Die zweite Sünde, nämlich eine Kernschmelze, hätte in Tschernobyl auch eintreten können; auch dort hätte ein Ausfall der Kühlung zu einem Kernschmelzunfall geführt. Der Leichtwasserreaktor, wie er heute in der Welt in 400 Exemplaren betrieben wird, vermeidet das Problem der nukleare Exkursion. Wenn bei diesem Reaktortyp das Wasser verschwindet, geht der Reaktor aus, aber es besteht das Problem, dass bei Verlust der Kühlung – Herr **Traube** hat das schon ausgeführt – der Kern schmelzen kann. Bisher tut die Branche alles, dies durch eine Vielzahl von Sicherheitssystemen sehr, sehr unwahrscheinlich zu machen; am Ende spricht man dann von einem Restrisiko. Richtig ist meiner Ansicht nach, das habe ich eben schon versucht zu sagen, es so zu machen, dass man weder auf eine aktive Nachwärmeabfuhr angewiesen ist, noch dass man einen Core baut, der durch nukleare Exkursion beschädigt werden kann. Das ist übrigens in Jülich schon vorgeführt worden, vielleicht einigen auch bekannt: Der AVR hat die Kühlung abgestellt und hat alle Stäbe blockiert – dieses Experiment ist mit Genehmigung einer sozialdemokratischen Landesregierung durchgeführt worden – und bei dem Reaktor ist nichts passiert. Genau dieses Sicherheitsprinzip verfolgt man jetzt auch in Südafrika und in China, nämlich: Die Wärme wird ohne jede Maschine aus dem Reaktor abgeführt, der Reaktor hat gar keine Überschussreaktivität, weil er kontinuierlich beschickt wird, er kann also nicht nuklear zerstört werden. Das wird man beweisen, und ich denke, dann erübrigen sich viele Diskussionen. In der Tat finde ich auch hier die heutige Diskussion über Opferzahlen fürchterlich. Solche Reaktoren darf es nicht geben. Man muss alles tun, auch jetzt bei den noch bestehenden Reaktoren, um Unfallmöglichkeiten auszuschließen und vor allen Dingen auch Unfallfolgen von vornherein besser bekämpfen zu können. Die Zukunft der Kernenergie hat mit diesen Problemen dann nichts mehr zu tun.

Cerstin Gammelin: Da war noch die Nachfrage nach den Empfehlungen.

Abg. Marie-Luise Dött (CDU/CSU): Ja, die Empfehlungen für die Länder im Hinblick darauf, gleichzeitig Energiesicherheit und eine CO₂-Reduktion zu gewährleisten.

Sv. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kurt Kugeler : Ja in der Tat haben sich alle Länder, die Kernenergie betreiben und weiterentwickeln, also alle industrialisierten Länder, sowohl im Rahmen einer Aktivität der IAEO in Wien als auch einer Aktivität in den USA hinsichtlich „Generation IV“ zusammengeschlossen. Dort

werden genau die Prinzipien verfolgt, die ich hier dargestellt habe, und dort gibt es auch einen guten Austausch. Wir haben in der Vergangenheit viel dazu beigetragen. Im Augenblick sind wir politisch nicht in der Lage, daran teilzunehmen. Ich hoffe allerdings, dass sich das ändern wird, denn das ist für den Erhalt und die Mehrung der Kompetenz absolut notwendig. Daher richte ich die Bitte an die Abgeordneten, dieses zuzulassen.

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank, die letzte Frage war die Frage nach einem vernünftigen Sicherheitskonzept an Herrn **Hille**.

Sv. Dr. Ralf **Hille**: Ja, die Frage nach dem Sicherheitskonzept war, glaube ich, mehr an Sie, Herr Professor **Kugeler**, gerichtet; ich gebe sie gleich weiter. Aber die Frage zu den Forschungskontakten möchte ich kurz beantworten. Diese sind sehr intensiv. Ohne Partnerinstitute drüben geht es gar nicht. Im Strahlenschutzbereich haben wir in allen drei Ländern intensive Kontakt zu entsprechenden Forschungsinstituten. Die Kompetenz wurde angesprochen. Da muss man schon sagen, dass sie abgestuft zu sehen ist. In Russland ist sie sehr hoch, von daher ist man dort auch gegenüber westlichen Einflüssen relativ beratungsresistent. In der Ukraine sind sie etwas besser als in Weißrussland. In Weißrussland wurde die Kompetenz erst aufgebaut; die Kompetenz für einen Reaktorbau liegt dort nicht vor.

Sv. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kurt **Kugeler**: Wir haben hier in Deutschland 1994 eine Novellierung des deutschen Atomgesetzes gehabt. Dieses Gesetz von 1994 schrieb für zukünftige Reaktoren vor, dass es durch Unfälle keine radiologischen Folgen außerhalb der Anlagen geben dürfe. Und das ist genau das, was wir wollen, und zwar schon lange vorher gewollt haben: Die Anlagen dürfen bei jedweden Störfall nichts freisetzen, auch bei Terrorismus nicht. Und das ist möglich. Und die Aufforderung ist, dieses endlich zu ermöglichen.

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank. Jetzt kommen wir noch zu einer kurzen zweiten Fragerunde, und zwar mit Herrn **Meierhofer**, mit Herrn **Heilmann**, Frau **Flachsbarth** und Herr **Nüßlein**. Herr **Meierhofer** bitte.

Abg. Horst **Meierhofer** (FDP): Herzlichen Dank. Zum Einen auch Danke für die Veranstaltung. Ich finde sie wichtig. Es ist aber auch wichtig, dass man nicht nur analysiert, wie schlimm die Katastrophe in Tschernobyl war, worüber wir uns alle einig sind, sondern dass man auch versucht, Schlüsse aus dieser Katastrophe zu ziehen, sich klar darüber zu werden, was sie für uns bedeutet, und sich klar darüber zu werden, ob bzw. wie lange die Stromerzeugung aus Kernenergie weitergeführt werden

soll. Nun gibt es sicherlich Punkte, wo man Verbesserungen erreichen kann, und der Hauptsinn ist ja, die Sicherheit zu erhöhen. Herr Professor **Kugeler** hat kurz angedeutet, dass es möglich sei, auch die vorhandenen, die jetzigen Atomkraftwerke sicherer zu gestalten, und wir sollten uns auf jeden Fall einig sein, dass es der Sinn der Bemühungen sein sollte, alles Mögliche dafür zu tun, dass die jetzigen Reaktoren, die Reaktoren, die auch in Deutschland im Einsatz sind, sicher sind. In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Prof. **Kugeler** fragen, wie denn das vonstatten gehen könnte, ob es technisch relativ problemlos durchführbar wäre, ob es große Investitionen erfordern würde, die sich wegen des Atomausstieges oder aus anderen Gründen nicht rentieren würden und wie man diese Problematik beheben könnte. Denn auch, wenn man gegen Atomenergie ist, wenn man sagt, man nutzt sie nur noch 15 oder 20 Jahre, selbst dann wäre es ja wohl das Vernünftigste, die Technik, die man jetzt nutzt, so sicher wie möglich zu machen.

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Herr **Heilmann**.

Abg. Lutz **Heilmann** (DIE LINKE.): Danke schön. Eine Frage an Herrn Professor **Traube**, mehr ein deutsches Problem. Seit Tagen geistert wieder die Geschichte um das Kernkraftwerk Krümmel und das GKSS-Forschungszentrum durch die Medien. Sozusagen als Vater der westdeutschen Atomtechnik waren Sie ja damals noch sehr viel mehr involviert in die ganze Geschichte. Was ist denn Ihre Meinung dazu?

Cerstin **Gammelin**:
Vielen Dank. Als nächste bitte Frau **Flachsbarth**.

Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir haben heute sehr viel über Zahlen gesprochen und gefragt, inwiefern Untersuchungen evident oder nicht evident sind; das ist sicherlich eine wichtige Diskussion, die wir geführt haben. Nichtsdestotrotz, denke ich, nehmen wir alle mit, dass zumindest für die betroffenen Regionen die wirtschaftlichen, sozial-gesellschaftlichen, gesundheitlichen und ökologischen Folgen erheblich sind und dass bei einer möglicherweise eintretenden Instabilität des Sarkophags aus dem Unfall noch erhebliche Gefahren weit über diese Region hinaus bis zu uns nach Westeuropa erwachsen können. Daher engagiert sich ja auch die Bundesrepublik Deutschland mit erheblichen finanziellen Mitteln im Rahmen internationaler Beziehungen dafür, die Folgen abzumildern. Das, was ich aber heute gelernt habe, ist, dass es trotz dieses erheblichen finanziellen Engagements bei den Hilfsmaßnahmen vor Ort noch an einiger Effektivität mangelt. Daher würde ich gerne auch als Parlamentarierin von Ihnen Hinweise dafür bekommen – möglicherweise nicht mehr in der verbleibenden Zeit, sondern im

Nachgang – welche Möglichkeiten Sie sehen, diese Hilfsmaßnahmen effektiver zu gestalten. Herr Dr. **Hille** hat für mich sehr eindrucksvoll geschildert, dass es offensichtlich relativ einfache Möglichkeiten gibt, die betroffene Bevölkerung vor den Spätfolgen der Strahlung tatsächlich zu schützen. Es läge mir sehr am Herzen zu erfahren, warum das nicht geht, bzw. von Ihnen zu erfahren, wie es doch gehen könnte, um die Bundesregierung bitten zu können, entsprechende Maßnahmen auf die Agenda zu setzen. Ebenso würde ich die Fragestellung an Frau **Fleming** richten, denn Deutschland bereitet sich auf die G8-Präsidentschaft vor und von daher wäre in dem Zusammenhang politisch ganz sicher einiges zu bewegen.

Und an Herrn Botschafter **Stüdemann** hätte ich folgende Frage: Wenn man infrage stellt, dass die Ukraine und Weißrussland ihre Energie weiter aus Atomenergie beziehen, so schließt sich hieran unmittelbar die Frage an, worauf denn die Energieversorgung dieser Staaten dann fußen soll. Denn eine Energieversorgung z. B. auf der Grundlage von Kohlekraftwerken, die ja in der Gegend auch sehr verbreitet ist, stellt vielleicht keine Lösung des Problems dar, wenn man an die CO₂-Emissionen und letztendlich auch an die Effektivität der dort etablierten Kraftwerke denkt. Von daher sind jetzt sehr viele Fragen offen geblieben. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir hier in einem Dialog bleiben könnten und wenn Sie uns gegebenenfalls entsprechende Informationen auch als Fraktion zukommen lassen könnten, da die verbleibende Zeit für die Beantwortung dieser Fragen wahrscheinlich nicht ausreicht. Danke.

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank, und jetzt bitte noch Herr **Nüßlein**.

Abg. Dr. Georg **Nüßlein** (CDU/CSU): Also, ein spannender Gutachterstreit, wie wir ihn vielfach schon erlebt haben. Was ich bisher noch nicht erlebt habe, ist, dass in einem solchen Streit über Zahlen jemandem Zahlenmanipulation vorgeworfen wurde. Frau **Claußen**, ich frage Sie erstens, auch in Anbetracht der Organisation, gegenüber der Sie das getan haben: Halten Sie das so aufrecht? Denn wenn der Vorwurf zuträfe, wäre das ja keine Fahrlässigkeit sondern Vorsatz. Zweitens: Sie haben von einem Szenario für Deutschland gesprochen. Können Sie in knappen Sätzen erklären, welche Botschaft Sie damit letztlich verfolgen? Drittens: Herr Professor **Traube** hat gesagt, „sicher“ oder „nicht sicher“ seien nicht die Kategorien; das macht für uns Politikern die Welt natürlich ein wenig komplizierter, und dazu meine Frage: Ist es aus Ihrer Sicht die Erklärung dafür, dass wir jetzt politisch die Situation eines Ausstiegs auf Raten, auf Zeit haben, die man ja auch nicht mit den Kategorien „sicher“ oder „nicht sicher“ messen kann, denn wenn es unsicher wäre, müsste man sofort aussteigen

und wenn es sicher wäre, brauchte man gar nicht auszusteigen. Danke.

Cerstin **Gammelin**: An wen richten Sie die letzte Frage?

Abg. Dr. Georg **Nüßlein** (CDU/CSU): An Herrn Professor **Traube**.

Cerstin **Gammelin**: Die Zeit ist eigentlich schon vorüber, aber vielleicht können wir kurz, so weit es geht, noch Antworten geben. Zuerst Herr Professor **Kugeler**: Wie macht man Reaktoren sicherer?

Sv. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Kurt **Kugeler**: Indem man erstens die heutigen Reaktoren daraufhin überprüft, was man noch an Vorkehrungen treffen kann, um sie für die Restlaufzeiten sicherer zu machen. Da gibt es eine ganze Menge von Dingen. Diese Maßnahmen kann man aus dem internationalen Fortschritt lernen; ich würde sehr dazu raten, das zu tun. Zweitens gibt es im Bereich des Leichtwasserreaktorbaus einige sicherheitstechnische Verbesserungen; zu erwähnen ist hier ein Reaktor in Finnland, gebaut von Siemens und Framatom, der hinsichtlich des Sicherheitsniveaus wesentlich besser als alle laufenden Leichtwasserreaktoren abschneidet. Und drittens gibt es ein Reaktorkonzept, welches, wie wir sagen, katastrophenfrei arbeiten kann. Daran arbeitet die Welt, und ich rate sehr dazu, sich mit diesen Dingen vertraut zu machen.

Cerstin **Gammelin**: Vielen Dank, dann an Herrn Professor **Traube** die Frage: Was war mit Krümmel?

Prof. Dr. Klaus **Traube**: Ich habe schon gesagt: Ich fühle mich in Strahlenschutzfragen nicht kompetent. Ich habe natürlich die Debatte über viele Jahre hinweg verfolgt, habe aber selber, aus eigener Fachkompetenz, keinen Schluss ziehen können; tut mir Leid, das so eingestehen zu müssen.

Was die Sicherheitsfrage anbelangt: Wir haben Kernkraftwerke, die wirklich mit äußerster Akribie, nach dem jeweiligen Stand der Erkenntnis und der Forschung mit Sicherheitssystemen ausgerüstet sind. Und wir haben das Problem, dass der Unfall, der große Unfall, sehr unwahrscheinlich ist, aber seine Folgen sehr, sehr groß wären. Das ist ein Problem, das wir mit Null mal Unendlich bezeichnet haben, aber eine solche Einschätzung ist gefühlsmäßig sehr schwer nachzuvollziehen. Es ist gefühlsmäßig sehr schwer nachzuvollziehen, was das eigentlich bedeutet, und das ist eine der Grundfragen der Auseinandersetzung um die Kernenergie immer gewesen und wird es wahrscheinlich auch bleiben. Noch eines vielleicht: Ich hätte sehr gerne auf die Frage geantwortet, was man zur Erhöhung der Sicherheit machen könnte, aber ich bin ja leider nicht gefragt worden.

Cerstin **Gammelin**: Vielleicht können Sie das ja noch, wenn wir jetzt gleich enden, nachholen. Aber jetzt die Frage an Herrn Botschafter **Stüdemann**: Energieversorgung in der Ukraine womit?

Dietmar Gerhard **Stüdemann**: Die Ukraine hat sich ja entschlossen, weiter an der Nuklearenergie festzuhalten, sicherlich in modernerer Form. Auf der anderen Seite weiß die Ukraine nach dem Desaster, das sie mit der Gasversorgung durch Russland zu akzeptablen Preisen erlebt hat, wie verletzlich sie ist. Sie versucht selber, im Bereich der natürlichen Ressourcen stärker fündig zu werden, geht dabei in das Schwarze Meer. Die russische Seite warnt davor, weil die Situation im Schwarzen Meer aus russischer Sicht sehr viel prekärer ist als etwa da, wo die Russen ihr Erdgas und ihr Erdöl herholen; also das ist eine sehr unangenehme Diskussion, aber die Ukrainer werden das versuchen. Was für die Ukraine notwendig ist und wo wir in der Tat sehr viel intensiver mitagieren sollten, ist die Frage der Energieversorgung und Energiesicherheit insgesamt. Wir sind alle voneinander abhängig, nicht nur, dass wir alle sozusagen auf einem Planeten leben, wo diese Grenzen keine Rolle spielen, was Schäden betrifft, sondern auch da, wo es um die Frage des Interessenabgleichs zwischen den Produzenten, den Lieferanten und den Abnehmern geht. Überall ist die Ukraine mit dabei, überall sind wir mit dabei, überall sind auch die Russen mit dabei. Wie dieses Gespräch ausgehen wird, weiß bisher noch keiner. Die Russen sind ja relativ deutlich in ihren eigenen politischen Absichten im Bereich der Energiesicherheit und Energieversorgung, aber dennoch muss man an einen Tisch, denn die Russen brauchen auch uns. Ich denke, da müssten wir die Ukraine stärker mit einbeziehen. Was ich beobachtet ist, dass diese Diskussion zu sehr zwischen der Europäischen Union oder zwischen Deutschland sowie anderen Partnern und Russland geführt wird bzw. russlandbezogen geführt wird, sie wird zu stark an der Ukraine vorbei geführt. Ich denke, man muss noch stärker auf die Ukraine eingehen. Ich gebe zu, dass die ukrainischen Signale ihrerseits noch nicht stark genug sind, aber ich denke, dass es da einen Bereich gibt, in dem wir politisch aktiv sein sollten, sowohl auf Regierungsseite als auch im parlamentarischen Raum.

Was den Energiemix betrifft, haben wir nach der Abschaltung von Tschernobyl insgesamt und auch durch unseren damaligen Umweltminister sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass wir bereit wären, mit der Ukraine in einen Dialog im Bereich alternativer Energien einzutreten, der auch Projekte enthalten sollte. Das ist leider in dieser Form nie geschehen. Entweder ist es uns zu teuer geworden oder aber die Ukraine hat sich nicht mehr gemeldet. Ich denke, auch das ist ein Bereich, den man stärker nutzen könnte. Die Ukraine hat dazu das Potenzial, und es gibt auch Interessenten dafür, die das privatwirtschaftlich mittragen würden. Es gibt

also eine ganze Menge von Möglichkeiten, um Dinge zu bewegen, man muss es nur aktiver betreiben. Ich denke, unsere G8-Präsidentschaft wird den Rahmen dafür liefern, einen so wesentlichen Partner wie die Ukraine, was die Größe, was das destruktive und das konstruktive Potenzial betrifft, stärker mit einzubeziehen. Danke.

Cerstin **Gammelin**: Herzlichen Dank Herr Botschafter. Jetzt noch eine Frage an Frau **Claußen**: Halten Sie den Vorwurf der Zahlenmanipulation aufrecht, war es Vorsatz?

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: Zu diesem Vorwurf hat ja indirekt auch Herr Professor **Müller** Stellung genommen. Er hat eingeräumt – ich weiß nicht, ob Sie da vielleicht kurz draußen waren – dass auf der Sitzung des Tschernobyl-Forums letztes Jahr dieser Fehler sehr wohl im Bewusstsein war, er hat darauf aufmerksam gemacht, dass es ein Fehler war, die 5.000 nicht zu nennen, er hat es dann begründet, warum man sich dann doch so entschlossen hat. Ich weiß nicht, wie Sie es beurteilen, aber wenn man Dinge, die wirklich so sind, wie sie sind, nicht nennt, wie sollen wir es sonst anders nennen, wie sollen wir es sonst anders nennen?

Cerstin **Gammelin**: Ja, Sie haben noch mal das Wort, Herr **Nüßlein**.

Abg. Dr. Georg **Nüßlein** (CDU/CSU): Also, Sie werfen der IAEA vor, Zahlen manipuliert zu haben.

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: In ihrem Bericht, nicht prinzipiell.

Abg. Dr. Georg **Nüßlein** (CDU/CSU): Die Frage kann man mit ja oder nein beantworten.

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: Das habe ich so nicht gesagt.

Abg. Dr. Georg **Nüßlein** (CDU/CSU): Doch, das haben Sie so gesagt.

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: Kann ich mal bitte schön aussprechen?

Abg. Dr. Georg **Nüßlein** (CDU/CSU): Bitte.

Sv. Dr. Angelika **Claußen**: Danke schön. Ich habe gesagt, dass die IAEA in ihrer Untersuchung bezüglich der Tschernobylfolgen Zahlen manipuliert, ich habe das nicht allgemein gesagt.

Cerstin **Gammelin**: Gut, die allerletzte Frage war, wie man finanzielles Engagement der Bundesrepublik effizienter gestalten kann. Die Frage war, denke ich, an Herrn **Hille** gerichtet.

Sv. Dr. Ralf **Hille**: Herr **Faust**, ich muss Ihnen hier widersprechen. Es ist ja so, dass erhebliche Hilfgelder nach Weißrussland fließen, aber über private Kanäle natürlich. Und diese privaten Kanäle sind eben nicht koordiniert. Wenn man Gelder in eine Hilfsaktion für Kinder steckt, die strahlenschutzmäßig nicht richtig bewertet wird, dann wird dieses Geld für Kinder ausgegeben, die es gar nicht benötigen, und in den nächsten Jahren fehlt das Geld dann. Man könnte schon Erhebliches erreichen, wenn man diese Dinge einfach intelligenter machen würde, indem man sich wirklich konsequent und über die Jahre hinweg auf die Kinder konzentriert, die hoch belastet sind, und für sie einen vernünftigen Strahlenschutz macht. Wenn man das über die privaten Gelder erreichen würde, wäre schon viel erreicht. Und ich sagte, die Zahlen sind nicht so hoch, dass das unmöglich wäre.

Wolfgang **Faust**: Da stimme ich Ihnen absolut zu, Herr **Hille**. Das Problem ist allein, dass wir in Deutschland eine Gewaltenteilung haben und dass es anders als in einer Diktatur wie z. B. Weißrussland eben nicht möglich ist, private Initiativen staatlich zu steuern und ihnen vorzuschreiben, was sie tun sollen. Das ist sicher in dem Zusammenhang durchaus eine Überlegung, die zielbezogen nicht falsch ist. Aber ich glaube nicht, dass Sie die Hunderte deutscher NGO's staatlicherseits koordinieren lassen möchten. Sie haben hier wieder einen Interessenkonflikt. Sie sehen den Streit, den es auf wissenschaftlicher, auf strahlenbiologischer Seite gibt. Der Streit ist im Bereich der Hilfsorganisationen genauso vehement, und die Tatsache, dass wir in Deutschland neben diesen vielen privaten Hilfsinitiativen alleine zwei große Tschernobyl-Dachverbände haben, die sich zudem – gelinde gesagt – nicht grün sind, ist der beste Beweis dafür. Sicherlich wäre es wünschenswert, eine Struktur zu haben, die diese Aktivitäten wirklich zielbezogen und effektiv koordinieren und durchführen würde, aber ich fürchte, dass das unter den gegenwärtigen Gegebenheiten ein Wunschtraum bleiben wird, so schön dies wäre.

Cerstin **Gammel**: Vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich diese öffentliche Ausschusssitzung gerne beenden. Ich denke, das war die Auftaktveranstaltung; viele weitere Veranstaltungen im parlamentarischen Rahmen werden noch folgen. Gestatten Sie mir noch einen Hinweis in eigener Sache: Für alle diejenigen, die noch Fragen zu dem Thema haben, kann ich das Dossier aus der Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ von dieser Woche empfehlen; hierin ist sowohl das Tschernobyl-Forum erwähnt als auch noch der eine oder andere sehr praktische Hinweis gegeben. Ich darf mich für die Aufmerksamkeit bedanken, vielen Dank.

Ende der Veranstaltung: 13:12 Uhr

Ba/Ze

Petra Bierwirth, MdB
Ausschussvorsitzende

